

D. Kraft



WYHLEN
UND SEINE
SCHULEN

HERAUSGEGEBEN VON DER GEMEINDEVERWALTUNG
WYHLEN ZUR EINWEIHUNG DER „LINDENSCHULE“
25. JUNI 1960

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Die Schulverhältnisse Wyhlens in der Gegenwart von G. Kotzer, Rektor	9
Zur Baugeschichte der Lindenschule von Paul Meister, Ratschreiber	13
Gedanken zur Grundrißgestaltung des neuen Schulhauses von Regierungsbaumeister Kurt Schäfer	20
Die geschichtliche Entwicklung der Volksschule Wyhlen von Walter Küchlin, Konrektor	23
Vom Wandel unseres Dorfes von Friedrich Disch, Hauptlehrer	45

Photographien der Linden- und Hebelschule und Einbandskizze: Kurt Schäfer, Lörrach

Urkunde im Original: Josef Hauser, Basel



Die Gemeinde feiert einen Geburtstag seltener Art. Ein großes Friedenswerk kann nunmehr seiner Bestimmung übergeben werden.

Mit der Fertigstellung der Lindenschule ist ein Problem gelöst, das Eltern, Lehrer und Gemeindevertreter ein ganzes Jahrzehnt hindurch beschäftigt hat. Schon bald nach Beendigung des zweiten Weltkrieges mußten durch die starke Bevölkerungszunahme Notlösungen getroffen werden. Zum Teil unhaltbare Zustände beeinflussten die normale schulische Ausbildung und Erziehung unserer Kinder sehr negativ. Im Jahre 1956 konnte sich der Gemeinderat nach reiflicher Überlegung entschließen, ein neues Schulhaus zu bauen.

Nun ist es soweit, eine moderne Schule, die Generationen dienen soll, steht bereit. Sie soll unseren Kindern das geistige Rüstzeug für den Lebenskampf vermitteln. Mit der Freude über das Gelingen des Werkes in einer Zeit, in der die Gemeinde mit der Lösung anderer großer Aufgaben schwer zu kämpfen hat, verbindet sich herzlicher Dank all denen, die zum schönen Erfolg mitgeholfen haben.

Die Schüler mögen die geschaffenen Einrichtungen zu nutzen wissen, damit tüchtige junge Menschen daraus hervorgehen.

B o l l , Bürgermeister

Mit großer Freude begrüßt die Elternschaft von Wyhlen, vertreten im Elternbeirat, die Einweihung der nun fertiggestellten Lindenschule. Ist es doch nach langen Bemühungen gelungen, das Werk zu vollenden, die Schulraumnot zu beseitigen und die Voraussetzung dafür zu schaffen, unserer Schuljugend in modernen, lichten Räumen das geistige Rüstzeug für ihr Leben zu vermitteln.

Unsere Verpflichtung, weiterhin im besten Einvernehmen mit der Lehrerschaft, mitzuarbeiten, die Schulprobleme bestmöglich zu lösen, sei der Dank der Elternschaft an die Gemeinde.

Der Elternbeiratsvorsitzende: S. P a u l

Die Schulverhältnisse

Wyhlens

in der Gegenwart

von G. Katzer

Bis zum Jahre 1945 kannte Wyhlen keine Schulraumnot. Nach dem Zusammenbruch aber wuchs die Gemeinde so rasch, daß sich die Bevölkerungszahl in den letzten 15 Jahren nahezu verdoppelte. Sie stieg von 2900 auf 4700 Einwohner.

Die Kinderzahl hielt nicht damit gleichen Schritt und zeigte ein den Laien verwirrendes Auf und Ab.

Das normale Fassungsvermögen der alten Schule beträgt bei 6 normalen Klassenräumen im Höchstfall 250—280 Kinder. 1950 gingen 460 Schüler in Wyhlen zur Schule. In diesem Jahre wurde zum ersten Male die Schulraumnot beängstigend und sichtbar. Sie verstärkte sich im Jahre 1954, als die „badische Halbtagsschule“ durch das neue Schulsystem abgelöst wurde, das höhere Wochenstundenzahlen für alle Klassen einführte. Die Raumfrage wäre schon damals unhaltbar geworden, wenn nicht die geburtenschwachen Nachkriegsjahrgänge eine gewisse Atempause verschafft hätten. Die Schülerzahl sank trotz steigender Einwohnerzahl von 460 auf 350 ab. Es bestand die große Gefahr, daß die Öffentlichkeit zu dem Trugschluß verleitet wurde, den Neubau in der falschen Hoffnung hinauszuzögern, daß sich das Raumproblem durch weiteres Absinken der Schülerzahl von allein lösen würde.

Die Geburtenstatistik der Gemeinde aber sprach eindeutig dagegen.

Geburtenzahl:	1953:	58 Kinder,
	1954:	60 „
	1955:	76 „
	1956:	68 „
	1957:	86 „
	1958:	95 „
	1959:	109 „

Zur Zeit zählt die Volksschule 430 Schüler, also 150 mehr, als das alte Gebäude normal aufnehmen kann. 1965 werden es 550 Schüler sein, 270 Schüler über das Fassungsvermögen der alten Schule hinaus.

An einen Neubau konnte sich die Gemeinde vor 10 Jahren noch nicht heranzuwagen; denn der soziale Wohnungsbau mußte den Vorrang erhalten und zum anderen hielten sich die Bauzuschüsse des Landes damals in so bescheidenen Grenzen, daß von dieser Seite keine Entlastung der Finanzlage zu erwarten war.

Die Raumnot zwang die Gemeindeväter in den letzten 10 Jahren zu folgenden Notlösungen:

1. Sämtliche Nebenräume der alten Schule (Lehrmittelzimmer, Lehrer- und Schulleiterzimmer, Religionsraum und der Übungsraum des Musikvereins) mußten in Klassenräume verwandelt werden. Die Lehrmittel wurden notdürftig im Korridor untergebracht.

2. Die Wohnung des inzwischen verstorbenen Berufsschullehrers Eberlin gab nach dem Umbau ein, übrigens sehr zweckmäßiges und schönes, Handarbeitszimmer.
3. Die evang. Kirchengemeinde vermietete für Schulzwecke ihren Gemeindehaussaal.
4. Ein Schuppen der Gemeindeverwaltung wurde in einen notdürftigen Werkraum verwandelt.

Es war den Gemeinderäten aber klar, daß diese Notlösungen einmal durch einen Neubau ersetzt werden müßten. Das 9. Schuljahr steht vor der Tür, nachdem 80 % aller europäischen Staaten bereits jetzt zum 9. und 10. Schuljahr übergegangen sind. Dadurch wird sich die Schülerzahl um weitere 30—40 Schüler erhöhen.

Der Gemeinderat der vergangenen vier Jahre bewies nun denselben Weitblick, den schon seine Vorgänger in den Jahren 1914—1920 besessen hatten. Ohne Zweifel war das damals erbaute und zur Zeit benutzte Gebäude großzügig geplant, wenn man die früheren Verhältnisse zum Maßstab nimmt, und es hat auch 30 Jahre lang allen Anforderungen entsprochen. Die traditionelle Schulfreundlichkeit der Wyhlener Gemeindeväter spricht auch aus dem Gemeinderatsbeschuß von 1920, der die allgemeine Lernmittelfreiheit einführte, die erst vor kurzem für das gesamte Land verbindlich gemacht wurde. Damit war die Gemeinde ihrer Zeit um 40 Jahre voraus.

Auch vor vier Jahren war die Kardinalfrage die, ob man laufend durch Jahrzehnte Flickwerk leisten wollte oder aber durch einen geschlossenen Bau schlagartig die Raumnot für die nächsten 20 Jahre bannen sollte. Man entschied sich für eine Gesamtlösung, die heute, am Tage der Einweihung, für alle sichtbar ist.

Kleinen Landschulen stellt sich die Schulhausplanung, von dem Raumbedarf aus gesehen, als ein leichtes Problem dar. Die Bevölkerungszahl wächst beständig, aber geringfügig, und der Rechenstift errechnet mühelos die Größe des Gebäudes und die Anzahl der Räume. Das Wachstum einer Industriegemeinde aber ist meist schwer vorzuschätzen und von vielen Zufällen abhängig.

Dazu kommt für jede Gemeinde, die heute eine neue, große Schule bauen muß, eine weitaus größere Schwierigkeit bei der Planung. Das gesamte deutsche Schulwesen steckt in einer tiefgreifenden Reformbewegung. Vor zwei Jahren wurde das Hauswerk für Mädchen für alle Schülerinnen des 8. Schuljahres verpflichtend eingeführt. Das 9. Schuljahr wird nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es soll ein Berufsfindungsjahr werden. Turn- und Sportverbände wünschen einen Ausbau der Leibesübungen. Die Verkehrswacht und der ADAC fordern den planmäßigen Verkehrsunterricht, angesichts der ständig steigenden Unfälle. Die Kenntnisse in Physik und Chemie sollen erweitert werden. Das Staatl. Gesundheitsamt verlangt Einrichtungen, die den Gesundheitszustand der Kinder heben sollen. Der Kreisjugendpfleger will die Freizeitgestaltung der Jugend in vernünftige Bahnen lenken, usw.

Die Erfüllung dieser Wünsche bedingt eine Anzahl von Spezialräumen, wie: Werkräume für Metall, Holz und Ton, Gymnastikhalle, Kochschulraum, Gemeindebücherei, Physiksaal, Handarbeitsraum, Labor für Jugendbetreuung, usw.

Die wachsende Kinderzahl muß auch in Rechnung gestellt werden, so wie das ein kluger Hausvater tut, wenn er seinem vierzehnjährigen Jungen einen neuen Anzug kauft.

So mag es sein, daß manchem Außenstehenden die neue Schule als zu groß erscheint. Die Gemeindeväter aber, die in 10 bis 20 Jahren die Geschicke der



SÜDOST-ANSICHT

Gemeinde lenken werden, werden den jetzt gezeigten Weitblick zu loben wissen. Stückwerk würde die Gemeinde in den nächsten Jahren viel teurer bezahlen müssen.

Der Architekt hat es verstanden, den Bau so aufzulockern, daß im Südtrakt die Klassenräume, im Nordtrakt die Sonderräume und die Verwaltung untergebracht sind, was die Schulorganisation erheblich erleichtert. Die langen Korridore fallen weg, die quadratischen Klassenräume ermöglichen Lehrern und Schülern einen besseren, familiären Unterricht. Die hinteren Plätze gelten nicht mehr wie früher als „Eselsbänke“ und Strafsitze. Der gesamte Unterrichtsbetrieb ist leicht zu übersehen, der Gesundheit der Kinder ist weitestgehend Rechnung getragen und schön sind die Räume obendrein. Mehr kann man von einem Architekten in bezug auf den Bauplan nicht verlangen.

Er hat zum großen Teil neue Wege beschritten. Die Vorteile des Pavillonbaus wurden übernommen, die Nachteile aber, die dieser aufgelockerte Schulbau für die Organisation nach sich zieht, sind vermieden worden. Vom Standpunkt der Schule her gesehen, wäre es begrüßenswert, wenn die Schularchitektur daraus Anregungen schöpfen würde. Ein Schulbau sollte innere und äußere Schönheit mit Zweckmäßigkeit vereinen. Denn auch ein Schulbetrieb muß rationell arbeiten, damit dem Lehrer nicht die eigentliche Unterrichtszeit unnötig verkürzt wird.

Die neue Schule kann 300 Schüler aufnehmen. Das Fassungsvermögen kann aber durch geringfügige Umbauten auf 420 Plätze gesteigert werden. Rechnet man den Schulraum der alten Schule hinzu, so ergibt sich, daß die Gemeinde in Zukunft auf 700 Schüler vorbereitet ist. Unter der Voraussetzung eines 9. Schuljahres werden 1965 580 Kinder aufgenommen werden müssen, wenn die Gemeinde nicht mehr wesentlich wächst. Für die nächsten 20 Jahre wird das Wort „Schulraumnot“ der Gemeinde keinen Schrecken mehr einjagen. Und für eine längere Sicht kann eine Industriegemeinde heute kaum planen.

Der weitsichtigen Gemeindevertretung gebührt der ehrliche Dank aller Eltern, der Kinder und der Lehrerschaft. Die Lehrer haben so manches Opfer wegen der Raumnot in den vergangenen 10 Jahren bringen müssen.

Ostern 1960 an der Volksschule Wyhlen tätige Lehrkräfte:

Hauptlehrer Walter Bauer, Hauptlehrer Rolf Bachthaler, Hauptlehrer Friedrich Disch,
ap. Hauptlehrerin Christa Froehlich, ap. Hauptlehrer Volker Froehlich,
Hauptlehrerin Ulrike Grether, ap. Hauptlehrer Hans Heinrich,
Hauptlehrerin Else Herzog, Rektor Georg Katzer,
HwT=Oberlehrerin Gerlinde Krezmar, Konrektor Walter Küchlin
Lehrer i. A. Alfried Protze

Als Religionslehrer sind tätig:

Pfarrer Wilhelm Ansel, Schwester Katharina Domke, Pfarrer Theophil Freyer,
Gemeindehelferin Ursula Jenne

Der Bau ist eine vorausschauende, mutige Tat, ein echtes und soziales Friedenswerk.

Dank auch allen, die an diesem Werk mitgeschaffen haben.

Möge die Zukunft den Absichten der Schöpfer dieses Baus entsprechen! Jene Eltern aber, die ihre Kinder nicht in die höhere Schule schicken wollen oder können, dürfen gewiß sein, daß ihre Söhne und Töchter auch in der modernen Volksschule für den Lebenskampf bestens ausgerüstet werden.

Zur Baugeschichte

der

Lindenschule

von Paul Meister

Nach dem zweiten Weltkrieg hatte die Gemeinde die bisher stärkste Bevölkerungszunahme zu verzeichnen. Als schon im Jahre 1950 3400 Einwohner registriert wurden, drängte sich dem Gemeinderat eine Lösung des Schulraumproblems auf.

In einer Denkschrift des Schulamtes vom 22. Oktober 1950 wurden die unzureichenden Raumverhältnisse eingehend geschildert und der Fehlbedarf für die nächsten Jahre angemeldet.

In dieser Lage beschloß der Gemeinderat am 6. Dezember 1950 die Schulhausneubaufgabe zunächst der Baukommission zur weiteren Beratung zu übertragen. In der Folgezeit wurde versucht, durch verschiedene Maßnahmen die Schulraumnot zu lindern. Alle Räume des Schulhauses mußten als Klassenzimmer verwendet werden. Lehrerzimmer, Lehrmittelzimmer, Religionszimmer gab es nicht mehr. Eine Klasse mußte täglich von Raum zu Raum wandern, da ein Zimmer für sie nicht zur Verfügung stand.

Am 2. Dezember 1952 einigten sich die Gemeindeväter, mit den Eigentümern der Grundstücke beim bisherigen Schulhaus zwecks Kauf zur Erweiterung des Schulhauses Verhandlungen aufzunehmen. Der Erwerb dieser Grundstücke bereitete aber erhebliche Schwierigkeiten. Danach wurde das Augenmerk auf das Gelände südlich des kath. Pfarrhauses gerichtet und im Juni 1953 beschloß der Gemeinderat mit den dortigen Eigentümern in Verhandlung zu treten. Es handelte sich dabei meist um Land der kath. Pfarrpfünde. Durch Vermittlung des Ortspfarrers erklärte sich das Erzb. Ordinariat in Freiburg mit Erlaß vom 4. 12. 1953 mit einem Abtausch der Pfarrpfündegrundstücke einverstanden. Die unmittelbare Nähe der Bundesbahnlinie war jedoch Veranlassung, diesen Plan wieder aufzugeben. Auch finanzielle Schwierigkeiten standen einer rascheren Entscheidung im Wege.

Am 17. Januar 1955 fand eine Besprechung des Gemeinderats mit dem Lehrerkollegium im Beisein des Herrn Kreisschulrates statt. Die Dringlichkeit des Problems stand außer Zweifel, die Platz- und Finanzierungsfrage blieb zunächst noch ungelöst. In einem Antrag vom 14. März 1955 bat der Elternbeirat die Gemeinde eindringlich, zu einem positiven Ergebnis zu kommen, um die „zum Chaos führenden Schulverhältnisse“ zu beseitigen.

Die dringend notwendig gewordenen großen Vorhaben der Gemeinde und ihre Auswirkungen auf den Gemeindehaushalt wurden im Mai 1955 in einer Bürgerversammlung der Bevölkerung vorgetragen. Dabei war es für die Gemeinde von besonderer Bedeutung, feststellen zu können, daß der größte Teil der Sprecher aus den Reihen der Einwohnerschaft den „Neubau“ eines Schulhauses befürworteten.

Nach vielen Besprechungen und Beratungen und nach unzähligen Überlegungen kam man in einer Zusammenkunft am 27. Oktober 1955 einer Lösung der Standortfrage näher. An der Tagung nahmen teil: Der Gemeinderat, Vertreter der Schule, die beiden Ortsgeistlichen, der Kreisoberschulrat, Bausachverständige vom Staatlichen Hochbauamt Schopfheim und die Ortsbauplaner. Das Hauptgewicht dieser Besprechung lag zunächst wieder bei einer Erweiterung des bisherigen Schulhauses. Nach einer Besichtigung an Ort und Stelle wurde sowohl von den Schulbehörden als auch von den übrigen Sachverständigen von einem Erweiterungsbau abgeraten. Das Gremium zog weitere Standorte in Erwägung und besichtigte schließlich den heutigen Standort im Gewann Hutmatten. Es wurde eine Einigung erzielt und bereits vier Tage später erfolgte der Beschluß des Gemeinderates, ein neues Schulhaus im Gewann Hutmatten zu erstellen.

Bald darauf legte ein auswärtiger Architekt vermutlich auf Grund von Presseberichten einen Planungsentwurf vor. Dieser Entwurf war Grundlage einer eingehenden Beratung.

Am 7. Mai 1956 faßten die Gemeindeväter den entscheidenden Beschluß, ein doppelbündiges Schulhaus mit 8 Klassenzimmern und den erforderlichen Nebenräumen mit einer Hausmeisterwohnung zu bauen. Zwei Monate später waren die Verhandlungen soweit gediehen, daß ein „Engerer Bauwettbewerb“ ausgeschrieben und

1. die Arbeitsgemeinschaft Meyer & Schäfer, Lörrach, mit Walter Brunner, Wyhlen,
 2. die Arbeitsgemeinschaft Preschany, Efringen-Kirchen, und Reinhold Grimm und Wolfgang Schäfer, beide Wyhlen,
- zu dem Wettbewerb aufgefordert wurden.

In der Zwischenzeit führte die Gemeinde Grundstückskauf- bzw. Grundstückstauschverhandlungen, die zum Teil sehr mühevoll waren und sich lange hinzogen. In den meisten Fällen einigte man sich auf einen Grundstückstausch mit angemessenen Entschädigungen für Obstbaumverluste, Einfriedigungen und dergleichen. An dem zum Erwerb des Schulgeländes stattgefundenen Grundstücksverkehr beteiligten sich 14 Grundstückseigentümer mit insgesamt 34 Grundstücken.

Nachdem die Wettbewerbsentwürfe unter einer anonymen Kennziffer bei der Gemeindeverwaltung eingegangen waren, trat am 17. Oktober 1956 die Prüfungskommission zusammen. Ihr gehörten an:

- a) Fachpreisrichter: Oberregierungs- und -baurat Trautvetter von der Oberfinanzdirektion Freiburg i.Br. — Landesvermögen und Bauabteilung —, Regierungsbaurat Ehrlich vom Staatlichen Hochbauamt in Schopfheim, Architekt Rittweger, Dipl.-Ing., Rheinfelden.
- b) Laienpreisrichter: Bürgermeister Boll, die Gemeinderäte Alois Böhler, Baptist Bürgin und Ernst Röther sowie Rektor Katzer.

Nach Verlesung des Raumprogrammes und nach einem ersten informatorischen Rundgang erfolgte eine Besichtigung des Baugeländes. Die aufgelegten Entwürfe wurden im einzelnen nach folgenden Gesichtspunkten geprüft:

- a) Einfügung in das Gelände, städtebauliche Situation,
- b) Grundriß und Organisation,
- c) äußere Gestaltung,
- d) Wirtschaftlichkeit.

Die Beurteilung wurde für jeden einzelnen Entwurf niedergelegt. Die Entwürfe der Arbeitsgemeinschaften zeigten je eine einbündige Anlage, eine zweibündige



Blick durch das Treppenhaus

Anlage und eine aufgelockerte zweibündige Anlage. Nach Erwägung aller Vor- und Nachteile der verschiedenen Grundrißsysteme empfahl die Prüfungskommission zur Ausführung einstimmig den Entwurf mit der abgewandelten doppeibündigen Anlage.

Aus der Beurteilung dieses Entwurfes entnehmen wir folgendes:

„Im Grundriß zeigt sich eine klare Anordnung sämtlicher Räume. Die zentrale Lage der Pausenhalle ist besonders hervorzuheben; von ihr aus besteht nahe Verbindung zu den Klassenräumen und zum Verwaltungsteil. Die vorgesehene Größe der Pausenhalle ermöglicht auch eine gelegentliche Verwendung zu Schulfeiern. Die Klassenzimmer haben quadratisches Format und doppelseitige Beleuchtung und Querlüftung. Je zwei Klassenzimmer haben einen Lehrmittelraum, was begrüßt wird.“

Im Anschluß an die Entscheidung der Prüfungskommission zeigte sich, daß der zur Ausführung empfohlene Entwurf von der Arbeitsgemeinschaft Meyer-Schäfer-Brunner eingereicht wurde.

In der darauffolgenden Sitzung beschloß der Gemeinderat mehrheitlich, sich der Empfehlung der Prüfungskommission anzuschließen und die aufgelockerte zweibündige Anlage zur Ausführung zu bringen.

Diese Entscheidung fiel in die Zeit der Einführung der Bürgerausschußverfassung in unserer Gemeinde, weshalb sich der Gemeinderat bewegt fühlte, mit einer Planungsvergabe zuzuwarten, bis der Bürgerausschuß konstituiert war. Ihm sollte in dieser für die Gemeinde so wichtigen Entscheidung das Mitspracherecht zukommen. In seiner ersten Sitzung vom 18. 12. 1956 konnte sich der Bürgerausschuß noch nicht entschließen. Er erbat sich eine eingehende Aufklärung über das Bauvorhaben und besonders Einsicht in die Finanzierungsunterlagen. In einer weiteren Beratung des Bürgerausschusses wurde nochmals die Schulplatzfrage aufgeworfen. Es ergab sich diesbezüglich keine Änderung; der Bürgerausschuß unterstützte den früher gefaßten Beschluß des Gemeinderates, das Schulhaus im Gewann „Hutmatten“ zu erstellen.

In der Folgezeit beschäftigten sich der Gemeinderat und die Gemeindeverordneten, der Schulbau- und der Finanzausschuß, mit Finanzierungsfragen und Änderungsvorschlägen zu dem empfohlenen Entwurf. So entschloß man sich zur Unterkellerung des südlichen Traktes, Vergrößerung des Abstandes der beiden Schultrakte und deren Verlängerung, Einbau eines Raumes mit separatem Eingang und Abortanlage für musiktreibende Vereine u. a. m. Nach Abklärung all dieser Fragen stimmte der Bürgerausschuß am 3. Juni 1957 einstimmig dem Beschluß des Gemeinderates zu, die Planung an die Arbeitsgemeinschaft der Architekten Meyer & Schäfer, Lörrach, und Brunner, Wyhlen, zu vergeben. Nach siebenjährigem Bemühen um das Entstehen einer neuen Schule wurde damit der Startschuß zum Beginn gegeben.

Mit der endgültigen Planung konnte nunmehr begonnen werden. Unzählige Beratungen des Gemeinderates, zusammen mit der Schulbaukommission und den Architekten über Ausschreibungen und Arbeitsvergaben folgten.

Am 28. November 1957 konnte schließlich der 1. Spatenstich vollzogen werden. Genau ein Jahr später wurde das Richtfest gefeiert, bei welchem folgender Richtspruch vom Dache des neuen Schulgebäudes ertönte:

Was wir sehen hier und schauen,
ist mit Gotteshilf' vollbracht,
denn Vollbringen und Gelingen
steht allein in seiner Macht.

Freudig steh' ich auf der Zinne
und beschau' dieses Haus;
allen wünsch' ich Gottes Segen,
die hier gehen ein und aus.

Was das Leben heischt an Wissen,
wird in diesem Haus gelehrt,
es sind unsres Volkes Kinder,
denen dieses Haus gehört.

Deutsche Zucht und deutsche Sitte,
edel denken, ehrlich handeln,
sei der Grundsatz dieser Stätte,
aller derer, die hier wandeln.

Gern und willig die Gemeinde
brachte große Opfer dar,
um zu dienen und zu nützen,
ihrer lieben Kinderschar.

Ihr, sowie auch den Behörden
sag' ich hier von Herzen Dank,
daß sie solche Werke fördern
und der Neubau hier entstand.

Dank sei allen, die dem Werke
immer freundlich zugeneigt,
ihres Geistes Kraft und Stärke
hier am Plan und Riß gezeigt.

Dank sei Meistern und Gesellen
nebst dem Lehrling, die vereint
kundig hoch emporgerichtet,
was uns heut' so prächtig scheint.

Euch aber, Eltern, mahnt die Pflicht:
verzärtelt eure Kinder nicht,
und haltet sie in eurem Kreis,
schon früh an zu regem Fleiß.

Denkt welch' Wohltat euch dabei
die öffentliche Schule sei,
und haltet kein's davon zurück,
sonst störet ihr der Kinder Glück!

In ihrem Lernen hindert sie
durch häusliche Geschäfte nie!
Dankt auch, vor ihrem Angesicht,
dem Lehrer, der treu seiner Pflicht,

die strengen Mittel weiser Zucht
zu ihrer Besserung versucht
und ihnen ihre Unart wehrt.
Und jede Tugend, die er lehrt,
die übt, Ihr Eltern auch zu Haus,
vor eurer Kinder Augen aus!

Dann werden sie euch schön erblüh'n
und nur für Wahres, Gutes glüh'n.
Ich leer' mein Glas und lasse leben,
wer immer half im ems'gen Streben;

Dem Bauherrn und dem Handwerksstand,
das ganze deutsche Vaterland.
Hoch! Hoch! Hoch!

Und allen, die uns werkverwandt
in Meister- und Gesellenstand,
soll nun zuletzt noch im Verein
ein Lebehoch gewidmet sein.

Hoch! Hoch! Hoch!
Der letzte Schluck, er gilt der Ehre
des Handwerks, dem ich angehöre.
Hoch! Hoch! Hoch!

Das Glas zersplittere im Grund!
Geweihet sei dieser Bau zur Stund'!

Die Stilllegung der Fabrik der Deutschen Solvay-Werke in Wyhlen am 1. 7. 1958 versetzte die verantwortlichen Gemeindevertreter bezüglich der Finanzierung des bisher größten Projektes der Gemeinde in ernste Sorge. Es mußten Mittel und Wege gefunden werden, den begonnenen Neubau zu Ende zu führen, denn die Notwendigkeit wurde durch die wesentlich veränderte finanzielle Lage nicht eingeschränkt.

Heute übergibt die Gemeinde Wyhlen der Lehrerschaft und ihren Schülern im zehnten Jahr ihrer Bemühungen ein Schulhaus, das als Schmuckstück in unserer Gemeinde bezeichnet werden kann. Das Schulhaus ist zweifellos modern, die letzten architektonischen und schultechnischen Erkenntnisse sind darin verwirklicht. Die Verantwortlichen waren sich in allen ihren Dispositionen und Entscheidungen der Tatsache bewußt, daß an die kommenden Generationen immer größere Anforderungen hinsichtlich praktischer und theoretischer Ausbildung gestellt werden, daß daher ihre Lern- und Ausbildungsstätten, die Jahrzehnte hindurch genügen müssen, nicht schon vor ihrer Fertigstellung überholt und veraltet sein dürfen. Mögen daher die für diese Bildungsstätte verwendeten öffentlichen Mittel Beweis dafür sein, welch großen Wert unsere ganze Bevölkerung in der Ausbildung ihrer Jugend sieht.

*

Gesehien zu Wylhen am 25. Juni Eintausendneunhundertsechzig.
Anlässlich der Einweihung der neuerbauten Lindenschule wird diese



URKUNDE

in die Westwand, unter dem Treppenabgang des Gymnastiksaales eingemauert.

Nach einem rund 250 jährigen Bestehen einer ortseigenen Volksschule übergibt die Gemeinde heute das neue Schulhaus seiner Bestimmung.

Die erste Schule wurde 1783 urkundlich erwähnt. Sie befand sich in dem heute noch bewohnten Hause, Kirchplatz Nr. 6.

Das zweite Schulgebäude, Kirchplatz Nr. 8, kam 1826 in den Besitz der Gemeinde.

Im Jahre 1867 erstellte die Gemeinde das dritte Schulgebäude verbunden mit der Gemeindeverwaltung, dem heutigen Rathaus.

Durch das Aufkommen von Industrie ergab sich ein Bevölkerungszuwachs, durch den 1888 der vierte Schulbau, Rheinfelderstr. 21, errichtet werden musste. Er ist der gleiche Gebäudetyp wie das Rathaus und dient heute als Fortbildungsschule und als Wohnhaus.

Mit einer weiteren industriellen Entwicklung war die Schülerzahl im Jahre 1911 auf 344 angestiegen. 1913 wurde der fünfte Schulbau, Rheinfelderstr. Nr. 28, begonnen, der nach dem ersten Weltkrieg im Jahre 1919 fertiggestellt wurde. Dieses Schulgebäude dient weiter dem Volksschulunterricht.

Nach dem zweiten Weltkrieg stieg die Bevölkerung bis heute auf 4700 Einwohner. Diese Bevölkerungszunahme ist bedingt durch Ansiedlung von Flüchtlingen und Vertriebenen. Durch Anstieg der Einwohnerzahl von 3070 im Jahre 1948 auf 4700 im Jahre 1960, musste das sechste Schulhaus gebaut werden. Es wurde unter Bürgermeister Boll, von den Architekten Meyer und Schäfer Lörnach, entworfen und unter der Bauführung von Architekt Brunner Wylhen, ausgeführt. Die Aufwendungen der Gemeinde belaufen sich auf DM 1.300.000. Die hiesige Volksschule zählt gegenwärtig 430 Schüler, davon 27 in einer Hilfsschulklasse. Die Schulleitung liegt in Händen von Rektor Katzer.

Die Fertigstellung fällt in die Amtszeit der unterzeichneten Gemeinderäte.

Der Bürgermeister:

Die Gemeinderäte:

Katzer, Boll, Meyer, Schäfer, Lörnach, Brunner, Wylhen, ...

Boll

Die Architekten:

*Meyer & Schäfer
Lörnach*

Gedanken zur Grundrißgestaltung der neuen Schule

von Kurt Schäfer

Bei der Gestaltung der Volksschule Wyhlen, deren Planung aufgrund eines engeren Wettbewerbes vergeben wurde, lagen dem ohne wesentliche Änderungen ausgeführten Wettbewerbs-Entwurf verschiedene Gedankengänge zugrunde, die für die Gesamtgestaltung von ausschlaggebender Bedeutung waren und deren konsequente Durchführung zu einer äußerst straff konzentrierten, aber doch aufgelockert wirkenden Anlage führten.

Entscheidender Wert wurde zunächst auf die Ausbildung der Klassenräume gelegt. Wenn zwar der Begriff des idealen Klassenzimmers noch nicht völlig eindeutig formuliert werden kann, so haben sich doch im Laufe der außerordentlichen Entwicklung auf dem Gebiet des Schulbaues Grundsätze herausgebildet deren konsequente Durchführung bei der Volksschule Wyhlen eine der ersten architektonischen Forderungen waren.

Es steht außer Zweifel, daß die dem Quadrat sich annähernde Fläche der Klassenräume die ideale Form darstellt. Eine zwangsläufige Folge dieser quadratischen Klassenräume ist die Forderung nach zweiseitiger Belichtung, denn die einseitige Belichtung begrenzt die Breite des Klassenzimmers. Auf keinen Fall ist bei einer Klassenzimmerbreite von ca. 8 m noch eine einseitige Belichtung möglich. Verschiedene Untersuchungen und eine von einer Spezialfirma angestellte Tageslichtberechnung führten für die zweiseitige Belichtung zu dem Ergebnis, daß das Oberlichtband an der der Hauptfensterfront gegenüberliegenden Seite, wenn es seinen Sinn erfüllen soll, nicht zu hoch liegen darf und auf jeden Fall bei mindestens 2,20 m Höhe beginnen müsse. Damit schieden alle Lösungen aus, die bei zweiseitiger Belichtung vor die Klassenräume noch einen Flur legen. Ein Vorteil der zweiseitigen Belichtung ist außer der leichten Belüftbarkeit der Räume die gleichmäßige Ausleuchtung.

Während der moderne Schulbau sich in manchen Fällen damit begnügte, dem überlieferten grundrißlichen Grundgedanken einer Schule, deren Klassenzimmer an Fluren aufgereiht sind, nur durch die Vergrößerung der Fensterflächen eine neuzeitliche Gestaltung zu verleihen, ist gerade durch diese starke Belichtung von nur einer Seite her oft der Eindruck zu starker Verglasung entstanden, weil die Kontraste zwischen der hellen Fensterwand und der dunkeln ihr gegenüberliegenden Längswand zu stark waren. Eine gewisse Blendwirkung mußte eine zwangsläufige Folge dieser Belichtungsart sein.

Erst bei zweiseitiger Belichtung ist eine starke Auflösung in Glas im Grunde sinnvoll, weil dann das Licht im Raum gleichmäßig verteilt ist und so eine Blendwirkung nicht entstehen kann.

Da Flure an der Oberlichtseite nicht möglich waren, führte die Forderung

nach einem, allen neuzeitlichen Erkenntnissen entsprechenden Klassenzimmer zwangsläufig zu dem sogenannten flurlosen System, das hier allerdings mit besonderer Konsequenz ausgebildet wurde, da der südliche Klassentrakt gegenüber dem nördlichen Trakt mit Pausenhalle und Spezialräumen um ein halbes Geschoß versetzt wurde. Das hat zur Folge, daß der Lichteinfall für den nördlichen Trakt verbessert wird. Sogar die unter der Pausenhalle liegende Gymnastikhalle erhält noch direkte Sonnenbestrahlung. Außerdem sind die Klassenzimmer von der Pausenhalle aus durch jeweils nur eine halbe Stockwerkdifferenz zu erreichen, wodurch eine sehr leichte und mühelose Verbindung der einzelnen Raumelemente geschaffen wurde.

In konstruktiver Hinsicht war die quadratische Grundrißform der Klassenzimmer sehr wirtschaftlich; wie überhaupt die Gesamtanlage infolge ihrer außerordentlichen Konzentration, gemessen an den Baukosten und dem damit erzielten Nutzeffekt als außerordentlich günstig bezeichnet werden muß. Außer den acht Klassenzimmern und vier Reserveräumen im Untergeschoß besitzt die Schule eine Pausenhalle, die auch für Aufführungen und Veranstaltungen der Schule verwendet werden kann, Bibliothek und Arzttraum, einen in zwei Räume unterteilbaren großen Zeichensaal mit Hauptbelichtung von der Nordseite, einen Handarbeits- und einen Physiksaal und unter dem Flügel für Hausmeister und Verwaltung noch mehrere große Werkräume.

Trotz der verhältnismäßig langen Zeit, die seit dem Wettbewerb für die Planung des Bauvorhabens zur Verfügung stand, ergab sich keinerlei Notwendigkeit, bei der Durcharbeitung der Pläne gegenüber dem Wettbewerbsentwurf irgendwelche nennenswerte Änderungen durchzuführen.

Außer Zweifel scheint es jetzt schon zu sein, daß die gewählte Bauform gegenüber den sogenannten Pavillonschulen große Vorteile bietet, weil sie mit denselben Raumelementen wie die Pavillonschule arbeitet, ihnen aber infolge ihrer Konzentration und damit zwangsläufig niedrigeren Betriebs- und Baukosten überlegen ist.

Die Lindenschule Wyhlen dürfte über die Erfüllung der vom Bauherrn gestellten Aufgabe hinaus einen Beitrag zum Problem des neuen Schulhausbaues liefern.

*



NORD-WEST-ANSICHT

Die geschichtliche Entwicklung der Volksschule Wyhlen

von Walter Kächlin

A. Allgemeiner Überblick über die Anfänge des Volksschulwesens

Wer sich anschickt, den Werdegang des Schulwesens einer Gemeinde zu untersuchen, tut gut daran, seine gewohnten Vorstellungen von Schule und Lehrerstand über Bord zu werfen und sich auf höchst dürftige um nicht zu sagen unwürdige Anfänge und einen leidvollen Weg vorzubereiten.

Am Beginn dieser Entwicklung zur Volksschule steht eine Einrichtung, die bestenfalls die Bezeichnung Armenschule verdient und der jahrzehntelang eine Aschenbrödelrolle auferlegt war. Das Dasein der Lehrer solcher allgemeinbildenden Schulen ist — bis an die Wende des zwanzigsten Jahrhunderts heran — eine einzige Leidensgeschichte, ein unentwegtes Aufbegehren gegen die entwürdigende Behandlung und die allseitige Bevormundung.

Wir Bürger des Atomzeitalters, der Sputniks und Explorers haben es schwer, die Ursachen und Zusammenhänge solch betrüblerischer Tatbestände zu erkennen. Wollen wir die örtlichen Verhältnisse aber recht verstehen und würdigen, dann ist eine, wenn auch nur umrißhaft gegebene Übersicht der schulischen Entwicklung innerhalb Deutschlands unerläßlich.

Werfen wir darum zunächst einen Blick auf ihre Entfaltung. Das pädagogische Leben beschränkt sich bis ins hohe Mittelalter auf die Bildung einer kleinen Schicht begabter Zöglinge. Seit dem Sieg des Christentums sind es vorwiegend die Klosterschulen, Stifts- und Domschulen, die für die Ausbildung von Mönchen und Priestern sorgen. Daneben entwickeln sich für die Ausbildung von Meßknaben und Sängern durch die Ortsgeistlichen Pfarr- oder Parochialschulen. Im frühen Mittelalter finden auch Laien Zugang zu Kloster- und Domschulen. Die Kirche bleibt lange Zeit die eigentliche Trägerin des Schulwesens.

Mit dem Aufblühen der Städte im 13. Jahrhundert entstehen Stadt- oder Ratschulen. Auch sie sind nur einer begrenzten gehobenen Schicht zugänglich, den „ratsfähigen“ Geschlechtern. Immerhin dürfen wir in ihnen den Ausgangspunkt des weltlichen Erziehungswesens erblicken.

Humanismus, Reformation und katholische Reform fördern das Schulwesen ebenfalls. Eine allgemeine Volksschule entsteht aber erst allmählich seit dem 17. und besonders dem 18. Jahrhundert. Jetzt sind es vor allem die Landesfürsten, die die große Bedeutung einer auf breiter Basis ruhenden Volksbildung erkennen. Sie erlassen teilweise treffliche Schulordnungen, in denen der staatliche Schulzwang gefordert wird.

Die geistigen Strömungen des Pietismus und der Aufklärung beschleunigen die Entwicklung ungemein. Der Einfluß des Staates auf die Schule nimmt zu,

die staatliche Schulverwaltung wird ausgestaltet, die Schulaufsicht übt jedoch im Auftrage des Staates noch der Geistliche aus.

Trotz aller schulischen Bestrebungen bleibt aber die Volksschule im 17. und 18. Jahrhundert noch in kümmerlichem Anfang und in traurigem Zustand.

Was war der Grund dafür? Zunächst fehlten einmal die notwendigen finanziellen Mittel. Das Wissen darum, daß die Schule „ein Politikum“ sei (Maria Theresia, 1770), genügte nicht. Den meist durch mannigfache Kriege verschuldeten Gemeinden wurde kurzerhand ein Großteil der Schullasten übertragen. Schulhäuser, Schulstiftungen oder sonstige Geldmittel fehlten völlig. Woher sollte plötzlich die Besoldung des Schulmeisters — so nannte man den Lehrer damals — genommen werden? Woher der Schulmeister selbst, da es doch noch keine Lehrerbildung gab? Überall war Schmalhans Küchenmeister. Ist es da verwunderlich, wenn die ärmlichste Hütte als Schule diente, und die Besoldung sich aus den verschiedensten Einnahmequellen zusammensetzte? Trotzdem reichte sie in den meisten Fällen weder zum Leben noch zum Sterben. Deshalb übte der Schulmeister nebenher oft noch ein Handwerk aus; er war Schneider, Schuster oder Landwirt. Bald verknüpfte man das Amt des Dorfschullehrers mit dem des Mesners (Sigristen). Diese Kombination, die durch Gesetz verankert wurde, blieb in Wyhlen — ähnlich wie auch in den übrigen Landes- teilen — bis 1868 bestehen.

Die Gemeinde gehörte politisch bis 1805 zu Vorderösterreich (Breisgau) und teilte deshalb bis zu diesem Zeitpunkt die österreichischen Schulverhältnisse. Recht spät, erst 1774, wurde für dieses Gebiet eine allgemeine Schulordnung erlassen, die die Schulpflicht einführte, neue Unterrichtsfächer und eine neue Lehrmethode vorschrieb. Um die Ausbildung der Lehrer zu fördern, wurden Normalschulen als Musteranstalten errichtet. Für den Breisgau entstand 1773 eine solche in Freiburg.

Als der Breisgau 1805 an Baden überging, waren die Zustände der Volksschule in diesem Landstrich in der Hauptsache unbefriedigend. Es dauerte noch Jahrzehnte, bis die Verhältnisse gebessert und die notwendigen Reformen durchgeführt waren.

So braucht es uns nicht zu verwundern, daß wir fast überall auf dem Lande Schulverhältnisse antreffen, die denen der Gemeinde Wyhlen sehr ähneln. Von ihnen soll nun im besonderen die Rede sein.

B. Die Schulverhältnisse der Gemeinde Wyhlen

1. Die Schulgebäude der Gemeinde

Das erste Schulhaus

Aus dem allgemeinen Überblick war schon zu entnehmen, wie dürftig es um die Schulgebäude lange Zeit bestellt war. Wyhlen machte hierbei keine Ausnahme.

In einem „Schulvisitationsrezeß“, der das Datum vom 21. Mai 1783 trägt, erfahren wir erstmals von einem „Schulbau“. In diesem Schreiben wird auf eine Äußerung der Gemeindeväter, daß sie schon viel Geld für dieses Gebäude aufgewendet hätten, Bezug genommen und etwas ironisch gefragt, wohin denn all das Geld gekommen sei. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Das ganze Gebäud tauget nichts und eine Hauptabänderung ist so unvermeidlich, als unverschieblich (unaufschiebbar) sie ist. Die Schulstube, die wegen ihrer tiefen Lage und kleinen Fenstern feucht und dunkel ist, ist nicht nur so enge, daß sie die schulgehenden Kinder, viel weniger die Erwachsenen fassen kann, sondern sie ist auch so niedrig, daß

sie in wenig Minuten von den ausdünstenden Kindern mit Qualm angefüllt ist, den die Kinder zu ihrer größten Ungesundheit wieder einathmen müssen, und in welchem der in der Höhe stehende Lehrer es gar oft nicht ausstehen kann.

Diesen Schädlichkeiten eins(t)weilen abzuhelpen, muß

- a) der Alkoven (Nische für ein Bett), der dem 4. § der allerhöchsten Schulverordnung zu wider, von des Schulhalters Leuten aus Abgang (Mangel) genugsamen Quartiers bewohnt und mit einem Bette versehen ist, mit der Schulstube, durch wegbrechung der Zwischenwand, vereint, und die Lehrbritsche (vermutlich Lehrerpodest) ganz zurück gestellt werden.
- b) müssen in jedem Kreuzstocke zwey blechene Dunstscheiben, welche auf- und zugemacht werden können, angebracht werden.
- c) der auf dem Kirchenplatze stehende Nußbaum ist, seiner mehrfältigen auf das Schulhaus verbreitenden Schädlichkeit wegen . . . umzuhauen . . .“

Einen interessanten Einblick in die Ausstattung der Schulstube geben die im selben Schreiben aufgeführten Anweisungen:

„Für die Schreibschüler müssen genug Dindengeschirre angeschafft werden, die in die Bänke, nach der dem Schulhalter bekannten Art eingelassen werden, und auch von glasierter Erde (Ton) gemacht seyn können.

Die zwey Buchstabiertafeln mit gedruckten und geschriebenen Buchstaben müssen also gleich angeschafft, und auf Brett oder Pappendeckel aufgezogen werden.

Ein geschlossenes Kästlein mit so viel Fächern, als Gattungen der Schulbücher sind, muß zur Verwahrung der Bücher für die Armen und Schriften der Schüler, in die Schulstube geschaffet werden.“



Kann man sich eine bessere Situationsschilderung aus jener Zeit wünschen? Zu den völlig unzureichenden Raumverhältnissen kam noch der Mangel so primitiver Gegenstände wie Tintengläser, Buchstabiertafeln und Lehrmittelschränken. Wer aber nun glaubt, diese behördliche Auflage zur Verbesserung der Schulverhältnisse habe grundlegenden Wandel geschaffen, der muß sich eines Besseren belehren lassen. Der Schulvisitor Burg aus Hertens berichtet am 21. Mai 1808 (!) der Großh. Regierung nach Freiburg, daß sich der Lehrer in Wyhlen darüber beklagt habe, „daß er das Schulhaus seiner Baufähigkeit wegen nicht bewohnen könne. Da diese Baufähigkeit auch selbst die Schulstube bedrohet, so findet sich die Schulvisitation um so mehr verpflichtet, die hochpreisliche Regierung zu bitten, die notwendigen hohen Verfügungen deswegen zu treffen.“ Es vergehen fünf Monate, bis dieses Schreiben zum „dienstlichen Vortrag“, wie es so schön heißt, endlich an Regierungsrat Freiherr von Neveu weitergeleitet wird. Ein Regierungsdecret vom 24. November 1808 verlangt, „daß durch einen Bausachverständigen die nöthigen Vorkehrungen zur Sicherung des Schulhauses für diesen Winter sogleich vorgenommen“ werden müssen. Die Gemeinderäte bestellen den Maurermeister Joseph Feuerstein aus Warmbach als Gutachter. Drei Wochen später erteilt die Gemeinde eine historisch bedeutsame Antwort. Sie soll darum im Wortlaut mit all ihren orthographischen Seltsamkeiten wiedergegeben werden.

„So wirt einem Wohlöbl. Amt zu rug er wiedert, daß das schulhaus zum schulhalten noch würklich für eines oder mehrere Jahr guth ist, / an der schulstuben fehlt nicht nur die obere Bühne / ob dem Zimmer welches der schullehrer bewonnen solle fehlen einige Tremli hinein zu machen welche schon in Bereitschaft liegen und im früh-Jahr gemacht werden muß, / die Gemeinde ist jetzt nicht im standt / ein neu schulhaus zu bauen, und ob die Gemeinde äinzig (allein) schuldig ist ein neu schulhaus zu bauen, ist eine andere frag, da wir haben die schuhl vor mehreren Jahren bald da bald dort in einem Haus gehalten und haben keine eigene schulstuben gehabt. Als dan vor mehreren Jahren hat die Gemeind ein haus erkaufft und dan ist die schuhl seither dort gehalten worden.

Wyhlen, am 16. Dezember 1808

Deschler, Stabhalter
Karl Döbelin, des gericht's
Fr. Jos. Soder, des gericht's
Joseph Feuerstein, Maurer Meister
(Gemeinderat)

Dieses Schreiben ist insofern von besonderer Bedeutung, als daraus eindeutig hervorgeht, daß vor „mehreren Jahren“ noch kein eigenes Schulhaus vorhanden war. Man hat die Schule bald da, bald dort gehalten. Möglicherweise stellte der eine oder andere Lehrer, falls er gerade aus dem Dorfe stammte, seine eigene Wohnstube als Schulzimmer zur Verfügung. Aus anderen Gemeinden liegen Beispiele solcher Art vor. In einem Falle bezahlte die Gemeinde dem Lehrer 3 Gulden Mietzins pro Jahr. Aufschlußreich ist auch die Aussage, wonach die Gemeinde vor mehreren Jahren „ein haus erkaufft“ hat, um darin die Schule abzuhalten. Dieses erste offizielle Schulhaus der Gemeinde Wyhlen, das aber von ihr nicht als solches erbaut, sondern aus Privatbesitz gekauft wurde, steht heute noch gegenüber der Kirche (jetzt im Eigentum des Herrn Otto Fallner).

Die Frage der Gemeindeväter, ob die Gemeinde allein schuldig sei, ein Schulhaus zu bauen, wurde von der Regierung in Freiburg bejaht. Gleichzeitig wurde verfügt, die notwendigen Reparaturen ohne Verzögerung auszuführen.

Daß es andernorts nicht viel besser war, geht daraus hervor, daß die Schulen in Adelhausen, Eichsel und Degerfelden ebenfalls erneuerungsbedürftig waren. Nieder-Minseln und Warmbach besaßen überhaupt noch keine Schule, wie Joseph Tobias, der Schulvisitor aus Beuggen, am 1. 8. 1809 mitteilte.

Das 2. Schulhaus — ein Ergebnis fünfjähriger zäher Verhandlungen

Es scheint, als habe man die notwendigsten Reparaturen ausgeführt, denn mehr als zehn Jahre lang verstummen die Akten „in Sachen Schulhaus“. Man mag sich recht und schlecht mit den Verhältnissen abgefunden haben. Mit steigender Schülerzahl wurden indessen die Raumverhältnisse immer unerträglicher. Deshalb veranlaßte ein Bericht des Dekanats Säckingen das Innenministerium in Karlsruhe am 18. April 1821 zu folgendem Beschluß:

... da das Schulhaus in Wyhlen zu klein und schlecht beschaffen ist, und die Werktagsschule (Volksschule) allda 140 — 150 Kinder zählt, so ist

- a) für die **Erbauung eines neuen Schulhauses** mit zwei Schulzimmern und mit einem Wohnzimmer für einen ständigen Provisor (Unterlehrer) zu sorgen, die Einleitung dazu zu treffen und der Plan mit dem Kostenüberschlage, unter Angabe der zur Bestreitung derselben geeigneten Fonds hieher vorzulegen; einsteilen ist
- b) bis dieser Bau vollendet sein kann, für die Miethe eines zweiten Schulzimmers und die Wohnung eines Provisors zu sorgen . . .“

Weiter unten heißt es: „Man empfiehlt diese Angelegenheit dem Kreisdirektorium umso mehr, als die Schule zu Wyhlen im traurigen Rückgange ist, und der blos mechanisch gebildete Lehrer Müller dieselbe zu heben nicht vermag.“

Dieses ministerielle Schreiben muß bei den Gemeindevätern Bestürzung hervorgerufen haben. Das kann aus dem Bericht des Bezirksamts Lörrach an das Dekanat Säckingen vom 16. 6. 1821 entnommen werden. Ohne Zweifel wurde das Bezirksamt von der Gemeinde Wyhlen in dieser Frage bestürmt und machte sich zum Anwalt ihrer Interessen, wenn es schreibt: „So gerne wir dem Dekanat Säckingen den Verdienst wahren Interesses für die gute Sache zugestehen, so sehr müssen wir doch beklagen, daß das nemliche durch übertriebenen Eifer oft der Sache mehr schadet als nützet und dabei blos die Schulen — so eine gute Sache es darum ist — im Auge hat, ohne sich auch um andere Verhältnisse der Gemeinden zu bekümmern. Mit einem Male sollen allenthalben neue Schulhäuser erbaut, Schulbesoldungen geschöpft, Gehalte verbessert, kurzum alles organisiert seyn, wozu ganze Menschenalter gehören, ohne sich darum zu bekümmern, woher es nehmen, wie da bestreiten, wo die Gemeinden ohnehin von großen Schulden gedrückt sind, und jedes Jahr für die laufende Ausgabe bedeutende Umlagen, ja oft mehr als die Staatssteuern machen müssen; wahrlich, wann in jedem Amt zu Emporbringung der Schulen so vieles bereits geschehen, als hier, ist kein Grund da, zu klagen, aber Unmöglichkeiten können wir so wenig bezwingen, als sie sich befehlen lassen.“ Das war deutlich gesprochen. Gleichzeitig zeigt es uns, vor welch riesigen Aufgaben die Gemeinden damals standen, als man ihnen kurzerhand die gesamten Schullasten übertrug.

Das Bezirksamt lehnte den Neubau eines Schulhauses zwar nicht ab, hielt ihn aber vor 4—5 Jahren aus finanziellen Gründen für unmöglich.

Die Suche nach einem zweiten Schulzimmer in einem Privathaus zog sich über viele Monate hin, erbrachte einen Berg von Akten, aber keinen Erfolg. Um aus der Misere herauszukommen, beauftragte das Bezirksamt Lörrach den Baumeister Frinz damit, Plan und Kostenvoranschlag für ein neues Schulhaus vorzulegen. Das geschah am 24. 2. 1823. Der Voranschlag belief sich auf 3648 Gulden und 11 Kreuzer. Eine Bürgerversammlung sollte darüber abstimmen. Sie kam am 3. Mai zusammen und wurde ermahnt, „den Kostenpunkt... nicht allein im Auge zu behalten, sondern zu bedeuten (bedenken), wie wenig in dem jetzigen Lokale ein zweckmäßiger und gesegnetter Unterricht für die Kinder möglich ist, und wie für die gesamte Nachkommenschaft rücksichtlich ihrer religiösen und sittlichen Bildung ein angemessenes Lokal für den Unterricht



Hauptbedingung ist und das dafür gefordert werdende Opfer die schönsten Zinsen bringen wird.“

Von vermutlich 118 stimmberechtigten Bürgern waren 94 für die Erbauung eines neuen und den Verkauf des alten Schulhauses. 18 wollten es beim jetzigen Zustand noch ein paar Jahre belassen.

Nach diesem Abstimmungsergebnis hätte man mit einem baldigen Neubau rechnen dürfen. Die Gemeinde fühlte sich aber offenbar doch nicht kapitalkräftig genug. Ein zweiter Weg schien sich anzubahnen, den man leichter zu bewältigen hoffte. Es wurde ernsthaft erwogen, ein noch neueres Gebäude, das sich im Besitze von Gregor Schlageter und Georg Käufelin befand, als Schulhaus anzukaufen. Hätten die Hausbesitzer nicht die viel zu hohe Summe von 2700 Gulden gefordert, so wäre man hier schnell zum Ziele gekommen. So aber blieb es bei zeitraubenden Verhandlungen, die am 15. Juni 1823 einstweilen abgebrochen wurden.

Wieder steht der Gedanke eines neuen Schulhauses im Vordergrund. Am 4. 2. 1824 schreibt das Bezirksamt Lörrach an das Direktorium des Dreisamkreises nach Freiburg bezüglich des Bauplans unter anderem:

„den neusten Ministerialverfügungen entsprechend, haben wir zur Aufbewahrung der Gemeinds, und Steuerakten im Plan zum neuen Schulhaus ein Lokal anbringen, und damit ein Zimmer in Verbindung setzen lassen, welches

zu den Versammlungen des Ortsgerichts dienen und diese Versammlungen endlich einmal aus den Wirtshäusern verbannen soll.“ Auch in diesen Zeilen offenbart sich ein Stück Dorfgeschichte.

Das Innenministerium genehmigt unter dem 26. 4. 1824 die Pläne. Die Gemeinde wird von Lörrach angewiesen, sofort den Bauplatz zu kaufen. Der neue Kostenvoranschlag wird mit 5032 Gulden 36 Kreuzer angegeben. Die Gemeinde beklagt sich postwendend, daß es ihr „Ohne eine ergiebige milde Unterstützung“ unmöglich sei, „noch eine weitere Schuldenlast von mehr als 5000 Gulden aufzuladen“. Sie weist in diesem Schreiben Schulden in Höhe von 5282 Gulden aus. Die Dienststellen in Lörrach bezeichnen diese Angaben als übertrieben, geben allerdings zu, daß die Gemeinde außer dem Wald keinen Nutzen habe.

Indessen nimmt die Entwicklung eine erneute Wendung. Am 7. Januar 1826 führen Bürgermeister Schmidt und zwei weitere Honoratioren der Gemeinde erfolgreiche Verhandlungen über den Ankauf und Ausbau des Schlageter-Käufli'n'schen Hauses zum Schulhaus. Lörrach reicht noch am selben Tage einen Bericht an das Direktorium ein, in dem es heißt:

„Neu zu bauen . . . geht über alle Kräfte der Gemeinde Wyhlen: sie kann das Kapital nicht aufbringen. Dagegen haben sich neue Aussichten ergeben, den dringenden Wunsch nach einem geräumigen Schulhaus mit allen Kräften der Gemeinde in Einklang zu bringen. Gregor Schlageter und Käufli'n besitzen ein massives nahe bei Pfarrhaus und Kirche gelegenes Haus, welches sie der Gemeinde gegen das alte Schulhaus und 1800 Gulden baar Geld überlassen wollen. Die Gemeinde hat nach dem Riß und Überschlag sodann nur noch ca. 1200 Gulden hinein zu verwenden . . .“ Das Schreiben schließt: „Wir bitten gdst. die Ratifikation des Hauskaufs und die Genehmigung des Bauplans ehebaldigst erteilen zu wollen, weil die Hausverkäufer schon seit Jahr und Tag hingehalten sind, und endlich Entscheidung für sie wie für die Gemeinde dringend nothwendig wird.“ Nun hofften alle zuversichtlich auf eine bejahende Antwort. Um so größer war die Enttäuschung, als Freiburg den Antrag mit der Begründung ablehnte, daß „die Erbauung eines neuen Schulhauses viel rätlicher“ erscheine. Es muß für die Verantwortlichen eine schmerzvolle Mitteilung gewesen sein, denn als sie am 6. Februar 1826 diese Nachricht erhielten — sie waren gerade in anderer Sache versammelt — „wurden dieselben im Vorgefühl und in der festen Überzeugung, daß ihre Gemeinde die Last eines Baues der Art nicht zu tragen vermöge, über das der Gemeinde bevorstehende Elend wirklich zu Thränen gerührt, wollten jedoch auf der anderen Seite höherem Befehl folge leisten . . .“

Nun stand der Plan eines Schulhausneubaus wieder im Vordergrund. Am 3. März 1826 sollten bereits die Bauarbeiten an den Wenigstbietenden vergeben werden.

Die Gemeinde verlor die zweite Möglichkeit dennoch nicht ganz aus dem Auge. Am 1. März 1826 richtet sie eine letzte „Unterthänigste Vorstellung“ an das Kreisdirektorium. Sie ist in gestochener Schrift abgefaßt und enthält nochmals sämtliche den Schulhausneubau betreffenden Gesichtspunkte.

1. 2000 Gulden Ersparnis.
2. Das käufliche Wohnhaus bietet hinlänglich Raum.
3. Die Unkosten für ein neues Schulhaus können von der Gemeinde unmöglich getragen werden.
4. Unterrichtsausfall kann vermieden werden.
5. Die beiden Besitzer müßten ihr Haus zwangsversteigern und könnten der Gemeinde zur Last fallen.
6. „Muß nothwendig die Frage entstehen, wofür soll der Gemeinde aufgebürdet werden, bei so beklommener Zeit ein Prachtgebäude aufzuführen,

das die Gemeinde ohne Noth um 2000 Gulden tiefer in die Schuldenlast bringt und bei 1700 Fuhrfronden und eine Menge Handfronden aufladet. Wir glauben nun unserer Bitte, den Kauf des Georg Käufllinschen Hauses und die Einrichtung zum Schulgebäude nach dem vom Bauamte vorgelegten Plan gnädig genehmigen zu wollen, begründet zu haben und hochgeneigter Wilfahung entgegensehen zu dürfen.“

Dieses Schreiben ist von Bürgermeister Schmidt, den Gemeinderäten Deschler, Braun, Probst und Bürgi, dem Gemeinderechner Schmidt und acht weiteren Bürgern unterzeichnet.

Da bis zum 3. März noch keine Antwort eingegangen war, wurden — vorbehaltlich einer Genehmigung des Kreisdirektoriums — die Arbeiten für den Schulhausneubau und für den Ausbau des Käufllinschen Hauses gleichzeitig an Maurermeister Melchior Bachthaler von Stetten vergeben. Die Gemeinde saß also in einer seltsamen Zwickmühle, bis das Direktorium am 10. März 1826 entschied: „In der Voraussetzung, daß die statt eines neuen Schulhausbaues für die unbemittelte Gemeinde als vorteilhafter vorgeschlagene Einrichtung des Käufllin-Schlageterschen Hauses auch mit Einverständnis des Dekanats geschehe, will man zugeben, daß von einem neuen Schulhausbau Umgang genommen, und jene Einrichtung nach dem Wenigstanbot von 1160 Gulden vorgenommen werde.“

Damit waren nun endlich die Würfel zugunsten der Gemeinde gefallen, das Haus wurde gekauft und ausgebaut. Es steht heute noch vor der Kirche und wird von der Familie Chr. Limberger bewohnt.

Daß der Gemeinde selbst diese Notlösung nicht leicht gefallen ist, beweist der Umstand, daß von Daniel la Roche von Basel am 2. Mai 1826 2000 Gulden aufgenommen werden mußten. Sie waren mit 4% zu verzinsen und mußten bar und in ungetrennter Summe, nicht in Münze, sondern in Brabanter Thalern zu 2 Gulden 42 Kreuzer zurückgezahlt werden.

Doch ehe wir die gewiß nicht langweiligen Akten über dieses zweite Schulhaus schließen, lassen sie uns noch einmal an einer recht merkwürdigen Episode teilnehmen.

1826 wird nun das gekaufte Haus umgebaut. Einer der beiden ehemaligen Besitzer, Gregor Schlageter, soll künftig das bisherige Schulhaus bewohnen. Da das neue Haus aber noch im Umbau begriffen ist und er dort keine Bleibe mehr hat, schlägt er auf Wunsch der Gemeinde in der alten, täglich noch benutzten Schulstube sein Bett auf, um, wie es heißt, bei Nacht seine nötige Ruhe zu suchen. Er fühlte sich auch berechtigt, während dieser Zeit „in der Schul Kuchi“ für seine Familie kochen zu dürfen. Daß beides dem Lehrer nicht paßte, läßt sich leicht denken. Dennoch weist die Gemeinde seine Beschwerde mit den Worten zurück: „Es scheint aber, daß dies bei der Zeit nicht bloß des Lehrers Beweggrund ausmacht, sondern das er den Schlageter — und mit dem Schlageter auch die Gemeinde — necken will, in dem es ihm nicht nach Wunsch ging, da er ein ganz neues Schulhaus zu beziehen hoffte...“ Das Oberamt wies diese Begründung zurück und verlangte, Schlageter ohne Kränkung des Lehrers unterzubringen.

Der Leser mag mit Recht fragen, weshalb man an dieser Stelle so ausführlich auf alle Einzelheiten einging. Aber ist es nicht so, daß erst dadurch die volle Notlage einer schuldenbeladenen Gemeinde jener Zeit deutlich wird? Spürt man nicht auch im Widerstreit der Meinungen, Wünsche und Anweisungen die beinahe trostlose Lage unserer Volksschule bis weit ins 19. Jahrhundert hinein?

Das 3. Schulhaus

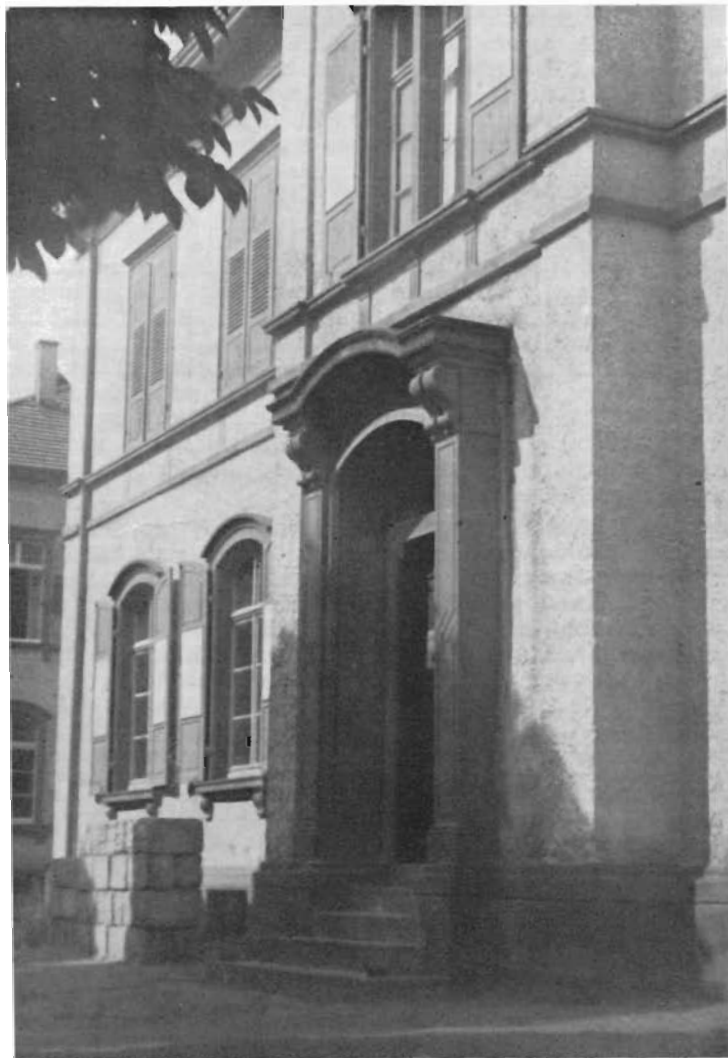
(jetziges Rathaus)

Beinahe zweieinhalb Jahrzehnte schweigen nun die Akten. Dann erhält das Bezirksamt Lörrach von der Bezirksschulvisitatur folgendes Schreiben: „Nach unserer

bisherigen Wahrnehmung sind die Schulgebäulichkeiten zu Wyhlen ihrem Zweck nicht entsprechend, die Schulzimmer sind im Verhältnisse der großen Anzahl Kinder (etwa 180!!) zu klein und die Lehrerwohnung ist für einen Lehrer, der eine Familie besitzt, zu beschränkt, weswegen wir schon früher die Vergrößerung dieser Gebäulichkeiten beantragten.“ (17. 10. 1851)

Schulvorstand und Gemeinderat erklärten dazu, daß die Gemeinde unvernünftig sei, die Schülerzahl sich seit 1825 nicht vergrößert habe und dem Lehrer die Wohnung ausreiche. Daraufhin zog die Bezirksschulvisitation ihren Antrag zurück.

14 Jahre später, 1865, beschäftigte sich der Bezirksrat in Lörrach wieder einmal mit dem Schulhausneubau in Wyhlen. Er verlangte von der Gemeinde, daß



sie „ein neues Schulhaus mit Lehrerwohnung für einen Hauptlehrer und einen Unterlehrer erstelle, in welchem auch ein Rathszimmer mit feuerfestem Archiv sich befinden soll“. Der erste ernsthafte Versuch, zu einem geeigneten Bauplatz zu gelangen, mißlang. Aber noch im September desselben Jahres stellte der Ochsenwirt Bürgin einen Bauplatz nördlich der Straße zur Verfügung. Er fand allgemeine Zustimmung. Nun wurden Pläne vorgelegt, behördlicherseits überprüft, geändert und schließlich anerkannt. Die Auflagen des Bezirksamtes gingen ins Detail und schrieben beispielsweise vor, daß die Wände in den Schulzimmern nicht von grüner Farbe sein durften. Die Ausschreibungsbedingungen waren sehr streng. Nach ihnen konnte der Gemeinderat schlechtes Baumaterial und schlecht ausgeführte Arbeit entschädigungslos zurückweisen. Im Mai 1867 übernimmt Architekt Meeser aus Lörrach die Bauaufsicht für insgesamt 450 Gulden. Die Arbeit ging zügig voran, so daß man sich im August bereits um die Inneneinrichtung bemühen konnte. Die Volksschule in Mannheim diente als Vorbild. Das Bezirksamt trat in Verhandlungen mit dem Kreisschulrat, um das praktischste Modell für Schulbänke zu finden. Welch ein Wandel gegenüber früher! Dieses Haus, das der Gemeinde heute noch als Rathaus dient, besaß zwei Schulsäle, ein Ratszimmer und ein Archiv, eine Wohnung für den Hauptlehrer und ein Zimmer für den Unterlehrer. Die Baukosten überstiegen 22 000 Mark.

Das 4. Schulhaus

Der Neubau reichte nicht lange aus. Schon 1886 mußte das Ratszimmer als Notschulsaal abgetreten werden. Als der Oberschulrat bei einer Inspektion 1887 das Zimmer als unzureichend auswies, machte man sich wieder Gedanken darüber, wie der Raumnot gesteuert werden könnte. Man überlegte sich allen Ernstes, ob man nicht das Dachgeschoß zu Lehrerwohnungen ausbauen oder gar das Haus um ein drittes Stockwerk ergänzen solle. Schließlich kam man zu dem Entschluß, in der Nähe des jetzigen Schulhauses einen Neubau zu erstellen. „Auf diese Weise würde nicht nur den Bedürfnissen der Schule, sondern auch denen der Gemeindeverwaltung für immer vollständig und richtig entsprochen sein,“ stellte der Gemeinderat fest.

Im neuen Schulhaus sollten 3 Schulsäle und je eine Wohnung für einen Hauptlehrer und einen Unterlehrer errichtet werden. 1888 lagen die Pläne für dieses Haus bereits beim Bezirksamt vor. Noch im selben Jahr wurde mit dem Bau begonnen (spätestens im Juni). Doch die Arbeiten gingen nur schleppend voran. Daran war einmal das ungewöhnlich nasse Wetter, zum anderen aber auch die Bummellei des Architekten und der Handwerker schuld. Daß sich der Gemeinderat nicht alles bieten ließ, zeigen folgende Kostproben:

„30. 6. 1888: An Architekt Kübler, Lörrach.

Drei Wochen sind es nun, daß die Maurer den Bauplatz verlassen haben und kein Streich mehr gearbeitet wird. Dieselben haben auch unterlassen, das Mauerwerk einigermaßen mit Brettern zu decken, um es vor dem Auswaschen vor dem Regen zu schützen. Wir werden durch Sachverständige ermitteln lassen, welcher Schaden dadurch entstanden ist, und dies nicht umsonst — noch haben wir die Hand zur Faust.“

„24. 9. 1888: An Architekt Kübler.

Die Zimmerleute sind mit dem Aufrichten beschäftigt, wir erwarten des bestmöglichen, daß dafür gesorgt wird, daß sofort die Ziegel aufs Dach kommen, denn es ist wieder ander Wetter in Aussicht und haben wir bald genug der Vorwürfe, Hohn und Spot wegen dem Gang und Stand des Baues.“

„21. 9. 1889 (also ein Jahr später!):

An Architekt Kübler.

Der Gemeinderat hat heute den Neubau einer eingehenden Besichtigung unterzogen. Wir haben leider gefunden, daß Sie das Zutrauen, das wir Ihnen s. Z. trotz vieler Abmahnungen dritter Seite geschenkt, vollständig mißbraucht haben. Wo man hinsteht, findet man Mängel, oberflächliche, gewissenlose Arbeit. Sie haben höchst selten die Auf-

sicht geübt, die Accordanten konnten wegen Ihnen machen, was sie wollten. Noch sind mehrere Sachen gar nicht erledigt, trotzdem der Bau jetzt 1½ Jahr dauert. Sollen wir nächstes Jahr auch noch Pfuscher auf dem Platze sehen? Wir haben's jetzt satt!

Wenn Sie nicht in aller nächster Zeit für Erledigung des Baues, Verbesserung der Mängel, die Ihnen wohl bekannt sind, Abrechnung mit den Accordanten (am Bau beschäftigte Handwerker) und Rückgabe der Ihnen gegebenen Verträge und überhaupt des ganzen, auf den Bau bezüglichen Materials sorgen, werden wir andere Schritte thun, das Ihren Interessen gar nicht beförderlich sein wird. Dies ist unser letztes mahndendes Wort.

Achtungsvoll

Der Gemeinderath.“

Wie man sieht, war es auch in der angeblich so „guten alten Zeit“ keine reine Freude, Häuser zu bauen. Die Gemeinde mußte sich noch bis in den Dezember hinein mit dem Architekten herumschlagen. Dann war für weitere zwanzig Jahre Ruhe, wenn man davon absieht, daß bald wieder Räume im Rathaus für Schulzwecke beansprucht werden mußten.

Das 5. Schulhaus

(Hebelschule)

An diesem chronischen Schulraummangel war natürlich die rasch aufblühende Industrie schuld. Beim Bau des Schul- und Rathauses (1867) glaubten die Gemeindeväter, auf diese Weise den Bedürfnissen der Schule und der Gemeindeverwaltung „für immer und vollständig“ entsprechen zu können. Ein Jahr später wurde der erste Industriebetrieb, das Salzwerk Wyhlen (später Solvay) gegründet. So konnte die Lösung für immerhin ganze 20 Jahre gelten. Die Gründung der Eisenbau AG Wyhlen brachte einen weiteren Bevölkerungszuwachs, so daß auch das oben erwähnte 4. Schulhaus schneller überfüllt war, als man je vermutete. Doch es kam noch ein Drittes hinzu: Der Bau des Kraftwerks.

Schon während der Bauarbeiten stieg die Schülerzahl erheblich an. Sogar der Ortsschulrat vertrat dem Bezirksamt gegenüber die Ansicht, daß sie nach Fertigstellung wieder zurückgehen werde. Das Bezirksamt sieht die Dinge allerdings anders und antwortet am 12. 1. 1912: „Es erscheint uns vollständig unerklärlich, welche Beweggründe die Gemeinde Wyhlen zu der Annahme führen, daß die Schülerzahl im Abnehmen begriffen sei. Auf Grund statistischer Erhebungen ergibt sich die Tatsache, daß die Schülerzahl seit dem Jahre 1907 von 296 bis zum Jahre 1911 auf 344 gestiegen ist, so daß der jetzige Stand eine Überschreitung der gesetzlichen Zahl von 64 Schülern aufweist, für die eine volle Lehrkraft nötig ist.“ Das Bezirksamt räumt ein, daß nach 1912 eine kurzfristige Abnahme möglich sein kann, argumentiert aber weiter: „zweifelsohne wird aber dieses Kraftwerk, das mit der Zeit den Mittelpunkt einer regen industriellen Betätigung darstellen wird, einen enormen Aufschwung der Einwohnerzahl verursachen.“

Die Gemeinde wird veranlaßt, einen weiteren Lehrsaal für eine neue Lehrkraft zu beschaffen. Als geeigneter Raum wird der Rathaussaal vorgeschlagen.

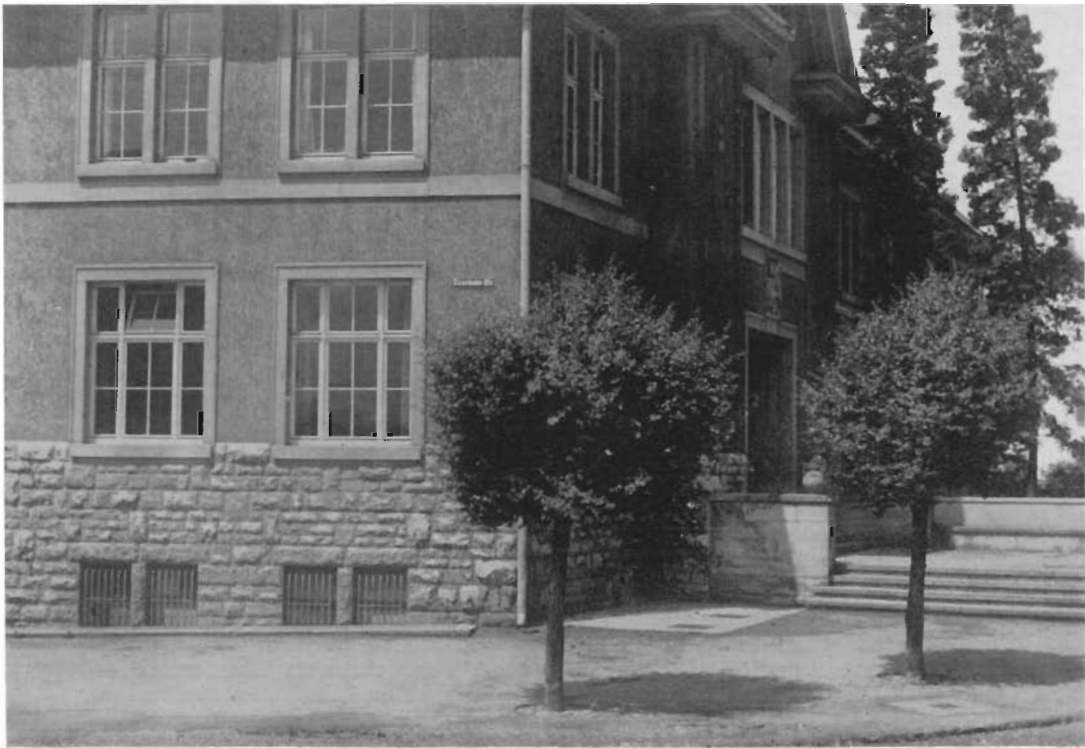
Drei Wochen später erfolgte die Antwort: „Der Ortsschulrat hat sich zur Anstellung einer weiteren Lehrkraft (eines Unterlehrers) an hiesiger Volksschule entschlossen, wenn die vorübergehende Verwendung des hinter dem 4. Schulsaal im Rathause befindliche Wohnzimmer der Unterlehrerin als Lehrzimmer genehmigt wird... Den Rathaussaal können wir unter keinen Umständen entbehren,“ hieß es da. Und an anderer Stelle: „Dieses Zimmer wurde schon vom Oktober 1884 bis Sommer 1889 und auch 1899/00 als Lehrzimmer verwendet. Die Gemeinde beabsichtigt, in wenigen Jahren entweder ein neues Schulhaus

oder ein Rathaus zu bauen, womit dann den Bedürfnissen der Schule für un-absehbare Zeit vollkommen entsprochen werden wird.“

Der vorgesetzten Dienstbehörde war der Sperling in der Hand auch lieber als die Taube auf dem Dach und genehmigte den Antrag. Es war klar, daß damit nur eine äußerst dürftige Notlösung gefunden wurde. Deshalb braucht es nicht zu verwundern, wenn das Kreisschulamt schon ein Jahr später den Raum „in Anbetracht der geringen Größe sowohl in hygienischer wie auch unterrichtlicher Hinsicht **vollkommen** unzureichend“ nennt und in seinem Schreiben fortfährt: „Es tritt somit an die Gemeinde die Aufgabe heran, baldigst für den Bau eines 5. Schulsaals zu sorgen... Ein Schulhaus mit 5 bis 6 Schulsälen, einer Turnhalle und einem Brausebad wäre das Beste...“

Wäre den Gemeindevätern ein solcher Vorschlag einhundert Jahre früher gemacht worden, sie hätten die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen und wären — wie wir gelesen haben — aus Sorge um das verschuldete Gemeinwesen in Tränen ausgebrochen. Inzwischen aber hat sich die Bedeutung der Volksschule so gefestigt, daß sie in allen Schichten der Bevölkerung zur Selbstverständlichkeit geworden war und, was in diesem Zusammenhange noch stärker ins Gewicht fiel, Wyhlen hatte sich in der Zwischenzeit von der verschuldeten kleinen Landgemeinde zur 2300 Einwohner zählenden Industriegemeinde entwickelt.

Noch nicht einmal vier Wochen vergingen, bis der Gemeinderat am 11. 3. 1913



beschloß, Pläne und Kostenüberschlag für ein neues Schulhaus fertigen zu lassen. Einen Monat später wurde Dipl.-Ing. Hertel, Badenweiler, mit der Bauleitung beauftragt. Das erste Grundstück war schon am 12. November 1912 von Kaufmann Gustav Hug in Wyhlen zum Preise von 6580 Mark (16,45 a) gekauft worden. Im Mai des folgenden Jahres kommen noch Grundstücke von Ratschreiber August Probst, Josef Rupp und dem Turnverein hinzu. Architekt Hertel legt im Juni 1913 einen Erläuterungsbericht zu den Plänen des Schulhauses vor. Gleichzeitig beginnt die emsige Suche der Gemeinde nach Geld. Eine Bank um die andere lehnt ab. Allen die Zeitläufte zu unsicher. Erst nach wiederholten Anfragen bietet die Rheinische Hypothekenbank ein Darlehen von 175 000 Mark zu $4\frac{1}{2}\%$ Zins und 1% Amortisation in 39 Jahren zu tilgen.

Im September 1913 waren die Baupläne „höheren Orts“ noch nicht genehmigt. Trotzdem rechnete man zu diesem Zeitpunkt noch damit, im Februar 1914 mit dem Rohbau beginnen zu können. Das Bezirksamt bestand auf einigen Änderungen; z. B. an der Kochschule, den Aborten und der Turnhalle, die mit 17 Meter Firsthöhe geplant war und nun niedriger gehalten werden mußte. Im Juli 1913 bezifferte der Architekt die Gesamtbaukosten auf 165 000 Mark.

Am 19. Februar 1914 erteilt das Bezirksamt endlich die Baugenehmigung und legt gleichzeitig die obere Kreditgrenze auf 172 000 Mark fest. Es wird unverzüglich mit der Arbeit begonnen, denn am politischen Himmel steigen drohende Gewitterwolken auf. Dennoch überrascht der Krieg das große Friedenswerk, noch ehe es im Rohbau völlig fertiggestellt ist. Vom April 1914 bis Februar 1916 hatte man den bewilligten Kredit (172 000 Mark) voll ausgeschöpft. Nun scheinen die Arbeiten zum Erliegen zu kommen. Erst nach Kriegsschluß, im Januar 1919 wird der Innenausbau in Angriff genommen. Dazu benötigt die Gemeinde weitere 200 000 Mark. Sie werden von der Rheinischen Hypothekenbank in Mannheim gewährt. Jetzt erst kann das Haus, mitten in einer Zeit größter wirtschaftlicher und finanzieller Not fertiggestellt und seinem Zwecke zugeführt werden.

Das 6. Schulhaus

(Lindenschule)

Es war ein großes Werk, das in seiner Planung einen für damalige Zeiten noch recht seltenen Weitblick verriet. Erst als nach dem zweiten Weltkrieg die Bevölkerung sprunghaft um 62% anstieg, wurde auch dieser weit gesteckte Rahmen zu eng. Wieder stand die Frage des Schulhausneubaus im Vordergrund zahlreicher Beratungen. Pläne wurden geschmiedet, diskutiert, geändert und verworfen, bis schließlich der endgültige Plan gefaßt und mit seiner Ausführung begonnen werden konnte.

War schon das vorletzte Schulhaus ein Werk des Weitblicks und des Fortschritts, so krönt die neue Schule alle bisherigen Bemühungen der Gemeinde. Auch dieses Gebäude ist in die Zukunft geplant und verdeutlicht mehr als Worte es vermögen den großen Wandel, den das Volksschulwesen in seiner rund 250-jährigen Geschichte durchlaufen hat. Denn nicht allein die besseren finanziellen Voraussetzungen sind es, die es ermöglichen, solche Werke zu schaffen, sondern vor allem ist es das Wissen breiter Volksschichten darum, daß das Kapital, das hier angelegt wird, tausendfältige Zinsen trägt.

2. Schulverhältnisse und Lehrer der Gemeinde

Nachdem wir im ersten Teil dieser Abhandlung die äußeren Verhältnisse unserer hiesigen Volksschule beleuchtet haben, wenden wir uns jetzt den inneren

Begebenheiten, also dem Unterrichtsbetrieb, den Lehrinhalten und nicht zuletzt den Lehrkräften selbst zu, von deren Qualität schließlich Erfolg oder Mißerfolg abhing.

So dürftig wie der äußere Rahmen ursprünglich war, so bescheiden waren auch die innerschulischen Verhältnisse. Das begann mit dem höchst ungenügend ausgebildeten Lehrer (meist konnte er lediglich recht lesen und schreiben, oft nur mangelhaft rechnen), seiner unzureichenden Besoldung und der Verquickung seiner Lehraufgabe mit dem Sigristendienst. Ergänzt wurde dieses trübe Bild durch die Schüler, die recht häufig durch Abwesenheit glänzten und anfangs lediglich in den Wintermonaten unterrichtet wurden.

Aber wie sich hinsichtlich der Schulgebäude allmählich, wenn auch recht zögernd, eine Besserung abzeichnete, so kann man diese Tendenz auch auf dem jetzt zu betrachtenden Gebiet feststellen. Doch lassen wir am besten wieder die Akten sprechen.

Nach einem Manuskript aus dem hiesigen Gemeindearchiv (Akten IV, 1 Faszikel 16), das von Pfarrer Hugo Lang stammen dürfte, war **Josef Schunggart** aus Kirchdorf bei Villingen **der erste aktenmäßig nachweisbare Lehrer** in Wyhlen. Das Manuskript führt unter anderem aus: „Er versah die hiesige Schulstelle bis 1773, wo er am 22. Januar eines sehr erbaulichen Todes starb. Von ihm erfahren wir 1772, daß die Schule 80 Schüler zählte, die von Martini (11. 11.) bis Ostern unterrichtet wurden. Montag bis Donnerstag war Brieflesen, Freitag und Samstag Lesen aus dem Gebetbuch und Katechismus und Schreiben. (Rechnen wurde also vermutlich keines gegeben.) Dieser Lehrer Schunggart hatte zwei Söhne. Der ältere, Johann Baptist, praktizierte hier mit großem Erfolg als Heilkundiger (Chirurgus) und starb 1787; der andere, Kaspar Schunggart, übernahm die Stelle seines Vaters und muß ein tüchtiger Lehrer gewesen sein, sonst wäre Wyhlen 1787 nicht als Normalschule bezeichnet worden. In seinem Visitationsbericht von 1781 hören wir, daß die Schule 83 Kinder zählte und der Unterricht vorschriftsmäßig erteilt wurde, daß zu wenig Bänke für die Kinder und nur eine schlechte Tafel und kein Schrank für die Bücher der Armen da sei. Die Schüler hatten vielfach überhaupt keine Bücher. Der Lehrer klagt, daß die Kinder oft, manchmal einen ganzen Monat, die Schule versäumen, angeblich weil sie arm seien und keine Kleider haben, dabei treffe man aber diese Kinder oft wohlbekleidet beim Spielen auf der Straße. Vielfach halten die Eltern auch ihre Kinder zurück mit der Begründung, sie müßten ihnen beim Baumwollspinnen helfen, um so den Lebensunterhalt zu verdienen. Das sei wichtiger als Schulbesuch. Darum wurde dem Lehrer vom Schulkommissar unter schwerer Verantwortung befohlen, am Ende jeder Woche den „Fleißzedul“ dem Stabhalter einzureichen, damit die Eltern, die ihre Kinder aus Liederlichkeit der Schule entziehen, bestraft werden, was um so notwendiger sei, da der Unfleiß nirgends größer sei, als in Wyhlen. Lehrer Schunggart starb schon 1792 an Typhus, 40 Jahre alt.“

Sein Nachfolger war Kaspar Danner (auch Thanner), ein hiesiger Bürger, geb. 1747 als Sohn des Kaspar Danner und der Marie Döbelin. Er starb am 2. November 1805 an Tuberkulose. Pfarrer Tschudi, von dem noch an anderer Stelle die Rede sein wird, nahm sich in der Zwischenzeit sehr eifrig der Schule an. Im März 1806 wurde Ludwig Deschler von Wyhlen als Lehrer eingesetzt, nachdem er seine Prüfung im Januar 1806 vor dem Schulkommissär Veit Burg, dem Dekan in Herten (nachmaliger Bischof von Mainz) abgelegt hatte.

Die Schuldirektion in Munzingen war mit seiner Wahl, die von der Gemeinde Wyhlen wärmstens befürwortet wurde, einverstanden, zumal „der so eifrige, und im Schulfache so wohl bewanderte Pfarrer Tschudi dem jungen Schullehrer in seiner Amtsführung ferner verhyflich seyn will“. Es wurde allerdings bemängelt,

daß „die voranzugehende hinlängliche Bekanntmachung der vacatur durch das Intelligenzblatt etwa, oder auf eine andere passende Art“ unterblieben ist.

Wie es zu Deschlers Zeiten in der Schule ausgesehen hat, darüber gibt ein Visitationsbericht des Schulkommissärs Vitus Burg aus Herten genauen Aufschluß. Deshalb soll er hier im Wortlaut wiedergegeben werden:

„9. April 1808, Schulvisitation in Wyhlen.

1. **Schulort:** Wyhlen, Pfarrort, gehört zum großherzoglichen Amte Beuggen, Bistum Konstanz, Dekanat Wiesental.

2. **Schulkinder:** 126 Kinder: 66 Knaben und 60 Mädchen, welche in zwei Hauptklassen eingeteilt sind; Sonntagsschüler 65.

3. **Lehrkurs:** Der Winterlehrcurs geht von Allerheiligen bis Ostern, der Sommerkurs von Ostern bis Michaeli. Im Winter gehen die Schüler der ersten Klasse 4, die der zweiten 2 Tage wöchentlich in die Schule, im Sommer die Schüler der ersten Klasse nur zwei halbe Tage, die der zweiten 4 halbe Tage zur Schule. Zur Heuet- und Erntezeit wird keine Schule gehalten.

4. **Schulbesuch:** sehr schlecht.

5. **Schullehrer:** Ludwig Deschler von Wyhlen, 25 Jahre alt, dient 3 Jahre, von guter Gesundheit, von guten häuslichen Umständen, hat mittelmäßige Kenntnisse, verfährt nach der Normalmethode, ist sonst fleißig und von guter Aufführung.

6. **Zustand des Schulhauses:** Das Schulhaus ist seiner Baufälligkeit wegen nicht bewohnbar, auch der Schulstube droht der Einsturz. (Vergleiche das Kapitel über die Schulgebäude).

7. **Schulrequisiten:** Diese werden von der Gemeinde mit harter Mühe und vielem Murren angeschafft. Für die Ärmern ist nicht gesorgt. Prämien werden keine ausgeteilt; die Schulstrafen bestehen in mäßigen Züchtigungen.

8. **Ortspfarrer:** Josef Tschudi, Pfarrer, 32 Jahre alt. Besucht die Schule vorschriftsmäßig, katechisiert nach der sokratischen Methode, verfährt nach dem vorgeschriebenen Katechismus.

9. **Verhalten der Ortsvorgesetzten gegen die Schule:** Der Schulvisitator muß bei allen Schulvisitationen einen gewissen Unwillen bemerken, den die Vorgesetzten an sich blicken lassen. Der Pfarrer macht den Visitator aufmerksam, daß der Ortsvorgesetzte seine Kinder am schlechtesten in die Schule schickt.

10. **Fortgang in den Schulkenntnissen:**

a) Lesen: Das Lesen befriedigte den Visitator unter allen Gegenständen am wenigsten.

b) Schreiben: Einige schreiben schön, es schreiben alle Schüler der ersten Klasse.

c) Diktandoschreiben und ländlicher Geschäftsstil: gut; der Pfarrer übt die Schüler öfters selbst.

d) Rechtschreiben: hinlänglich bis gut.

e) Rechnen: (im Kopf und an der Tafel) sehr gut.

f) Religion: sehr gut; der Pfarrer teilt den Kindern gelegentlich auch andere Kenntnisse verschiedener Art mit.
Industrieschule: keine.

11. **Sittliches Betragen der Jugend, Grad der sittlichen Volkskultur:** Die Jugend dieses Ortes ist etwas frech und bedürft einen starken Zaune; das Volk scheint zu Zwistigkeiten geneigt zu sein.

Bemerkungen:

a) Klagen des Pfarrers: keine.

b) Klagen des Lehrers: Er beklagt sich wegen des baufälligen Schulhauses.

c) Bemerkungen des Schulvisitators: Der Lehrer muß mit den Kindern vom 3. Mai bis 14. September täglich nach der Schule und an den Samstagen auch nachmittags in der Kirche einen Rosenkranz beten; es läßt sich denken, daß, weil hier keine Andacht hervorgehen kann, die Kinder zum Gebete nicht angeregt werden, sondern sich frühzeitig formulären Lippendienst angewöhnen. Da aber von diesem Kindergebet die ganze Gemeinde sich den göttlichen Segen verspricht, so schweigt der Visitator, kann aber dem Pfarrer den Wunsch nicht verargen, daß einstweilen dem Rosenkranz eine zweckmäßige Litanei angefügt werde.“

Soweit der Visitationsbericht von 1808. Wer ihn aufmerksam gelesen hat, kann sich ein gutes Bild machen von den schulischen Verhältnissen jener Tage. Deschler wird als ordentlicher und fleißiger junger Mann vorgestellt, der aber offenbar nicht zu viel Kenntnisse und pädagogisches Geschick besessen hat. Er hatte ja auch keine spezielle Ausbildung und dazu übermäßig viele Schüler! Wäre ihm Pfarrer Tschudi nicht mit Rat und Tat beigestanden, so sähe der Bericht wahrscheinlich noch wesentlich schlechter aus. Wie wenig sich Deschler in

der Schulstube auf die Dauer wohlgeföhlt hat, geht daraus hervor, daß er schon 1813 — nach nur 8 Dienstjahren — die anstrengende und dabei außerordentlich dürftig besoldete Stelle aufgab und zu Pflug und Scholle zurückkehrte.

Am schlechtesten schneiden im Visitationsbericht die Ortsvorgesetzten (Bürgermeister und Gemeinderäte) ab, die offenbar noch kein richtiges Verständnis für die Belange der Schule aufbringen und die äußeren Verhältnisse derselben — wie wir im vorigen Kapitel schon gesehen haben — im Argen liegen lassen. Welch ein gewaltiger Wandel hat sich gerade in diesem Bereich in den letzten 150 Jahren vollzogen!

Im folgenden Abschnitt, der dem schon mehrfach zitierten Pfarrer Tschudi gewidmet sein soll, werden wir sehen, daß zu jener Zeit der Anstoß von „oben“ kommen mußte; von der Schulverwaltung und von aufgeschlossenen Geistlichen.

Pfarrer Josef Tschudi,

ein wahrer Freund und Förderer der Volksschule Wyhlen

Man vergegenwärtige sich einmal rasch die Schulsituation im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts. In einem äußerst dürftigen Schulzimmer, das, wie wir gelesen haben, bisweilen dem Einsturz nahe war, unterrichtete ein einziger ungenügend ausgebildeter Lehrer annähernd 120 Kinder in zwei Hauptabteilungen und versah außerdem den Sigristendienst mit seinen vielseitigen Aufgaben. Daneben mußte er darum besorgt sein, die ihm zustehenden Einkünfte einzuziehen, ein Geschäft, um das er nicht zu beneiden war. Denn wenn schon die Ortsvorgesetzten nichts oder doch nur sehr wenig für die Schule übrig hatten, wieviel mehr mußte diese Haltung beim einfachen Bauern vorherrschen, der beispielsweise die Sigristengarbe oder das Schulgeld für seine Kinder (etwa 30 Kreuzer je Schüler im Jahr) zu entrichten hatte. Erst wer die Gesamtsituation im Auge hat, vermag zu ermessen, was Pfarrer Tschudi für die Schule seiner Gemeinde getan hat. Das festzustellen ist keine Frage des politischen oder konfessionellen Standorts, sondern einzig und allein eine solche der historischen Wahrhaftigkeit.

Wir wissen über diesen Schulfreund nicht allzu viel. Was aber die vorliegenden Schulakten über ihn aussagen, ist ein einziges Lob. Als am 2. November 1805 Lehrer Thanner starb, nahm sich Pfarrer Tschudi sehr eifrig der Schule an, bis Ludwig Deschler im März 1806 als Nachfolger gewählt wurde. Und als die „Schuldirektion in Munzingen“ die Wahl sanktionierte, versäumte sie nicht, darauf hinzuweisen, daß sie es besonders deshalb gerne tue, weil der so eifrige und im Schulfache so wohl bewanderte Pfarrer Tschudi dem jungen Schullehrer in seiner Amtsführung auch „ferner verhyfflich sein will“. Es ist selbstverständlich, daß er es daran nicht fehlen ließ, und es hätte wahrlich der Bestätigung durch den Visitationsbericht von 1808 nicht bedurft. Nachdem Deschler 1813 den Schuldienst aufgab, wurde die Stelle mit dem älteren, „wenigtauglichen“ Lehrer Müller besetzt. Das hat gewiß nicht zur Entlastung des fähigen Schulmannes und Seelsorgers beigetragen, und so braucht es eigentlich nicht zu verwundern, wenn er uns 1821 mit angeschlagener Gesundheit begegnet. Manch einer hätte sich an seiner Stelle resigniert zurückgezogen und den Dingen ihren Lauf gelassen. Er aber sann darüber nach, wie man der immer tiefer sinkenden Schule wieder aufhelfen könne und war schließlich zu einem großen persönlichen Opfer bereit, als er keinen anderen Weg sah. Das Schreiben an das Großherzogliche Bezirksamt, das uns darüber Aufschluß gibt, ist zwar vom Bürgermeister der Gemeinde Wyhlen verfaßt, doch es liegt auf der Hand, daß sein geistiger Urheber

und die treibende Kraft dazu Pfarrer Tschudi war, der auch mit unterschrieben hat. Lesen wir selbst:

„Wohlhällliches Großherzogliches Bezirksamt!“

Der ehende Zustand unserer Schule wird wohl demselben ebenso sehr bekannt seyn, als dem landesherrlichen Decanate und uns. Solange des Pfarrers Brust gut war, war es auch die Schule; aber leider! seit 3 Jahren ist des erstern Brust krank, seither auch die Letzte; und der Lehrer, zwar in seinen Dienstjahren dahier nicht minder jung als in seinen Kenntnissen, doch ein Mann von einigen sechzig Jahren (Lehrer Müller war erst 58 Jahre alt). Der Schule wieder aufzuhelfen, ohne deswegen den alten Lehrer zu drücken (wie edel gedacht!), war daher schon lange das nachsinnende Geschäft des Pfarrers — allein immer umsonst, weil er fürchtete, seine ohnehin arme Pfarrkirche möchte, da der Lehrer zugleich Sigrist ist, auch ins Mitleiden gezogen werden. Nun aber, dem Himmel dank! wäre der Sache geholfen, nur fehlt uns die gütige Mitwirkung Eures Wohlhälllichen Bezirksamtes: doch diese mangelte mir noch nie, wenn etwas Gutes und Nützlichendes bezweckt werden sollte; daher bitten wir auch hier darum nicht, sondern zeigen nur den Plan und die Verabredung der Gemeinde mit dem Pfarrer höflichst an.

Also: Wir wünschen einen Provisor (Unterlehrer); allein er seye ein baadensches Landeskind; ein absolvierter Zögling der Großherzoglichen Schullehrer-Seminare zu Rastatt und daher im Orgelschlagen und Singen wie auch in der praktischen Feldmesserkunst erfahren, damit er in selben die Jugend unterrichte. — Dafür hat der junge Mann vom Pfarrer aus Liebe für die Kinder seiner Gemeinde, die freie und ungesorgte Kost und Trunk an des Pfarrers Tisch, kurz, der Pfarrer wird ihn halten, als wäre er sein Sohn.

Ferner zahlt ihm die Gemeinde jährlich 30 Gulden und liefert ihm ein Klafter vier-schühiges Holz zu winterlicher Heizung. Dann tritt ihm der Lehrer jene 13 Gulden 40 Kreuzer ab, die er jährlich von der Kirche bezieht, und gibt ihm Quartier und Bett. Doch dieses letzte, etwa zu schlecht ausfallend, soll den Provisor nicht kränken, der Pfarrer findet Mittel im Pfarrhause, nur nicht in einem Wirtshause.

Endlich hat der junge Mann hier noch Gelegenheit, durch Privatinstructionen und Abschreiben — wenn er nur will — sich jährlich manchen Gulden zu erwerben, die ihm an anderen Orten ausbleiben. Dies nun wäre der Gemeinde wie des Pfarrers feste Entschließung und darf unter zweyen Jahren nicht gebrochen werden... Wohlhällliches Oberamt! Unsere einzige Bitte in der Sache... wäre die väterliche Fürsorge und Bemühung, daß der Gemeinde und des Pfarrers Wunsch recht bald realisiert würde.

Wyhlen, den 21. März 1821

gez.: Tschudi, Pfarrer

gez.: Müller, Bürgermeister“

Das Bezirksamt ließ sich zunächst Zeit. Erst am 16. Juni berichtete es nach Freiburg und wurde vom dortigen Direktorium des Dreisamkreises dazu veranlaßt, sogleich dafür zu sorgen, daß ein mit musikalischen Kenntnissen versehener Präzeptor angestellt und eine zweite Schulstube gemietet und eingerichtet werde, solange der alte Lehrer Müller den Dienst versieht und der Pfarrer krankheitshalber nicht mit voller Kraft wirken kann.

Das Dekanat richtete gleichzeitig eine Eingabe direkt an das Ministerium. Das begnügte sich nicht mit einer vorübergehenden Lösung, sondern bestand darauf, „daß für diese 140 bis 150 Kinder zählende Schule auf beständig ein Präzeptor angestellt werden soll. Deshalb wurde der Gemeinde zur Auflage gemacht:

- a) Bau eines neuen Schulhauses mit zwei Schulstuben, einer Wohnung für den Lehrer und einem Zimmer für den Präzeptor.
- b) Die Mittel aus der Gemeindegasse sind für immer zu leisten.
- c) Dem Nachfolger des jetzigen Lehrers Müller muß zur Pflicht gemacht werden, einen Präzeptor zu halten. Zum Ausgleich dafür sollte er von der Gemeinde noch einige Allmendstücke zur Nutzung erhalten.

Bis zur Verwirklichung dieses Planes schlug das Ministerium dieselben „Sofortmaßnahmen“ vor wie das Direktorium des Dreisamkreises.

Wie hoch man Pfarrer Tschudis Vorschlag einschätzte, zeigt sich aus der Antwort des Ministeriums, in der es wörtlich heißt: „Das großmüthige Anerbieten des Pfarrers, dem Präzeptor unentgeltlich Kost an seinem eigenen Tische zu geben, wird hiemit dankbar angenommen; jedoch soll der Pfarrer auf keine

Art gebunden sein, und diese Wohltat, wann und wie er will, wieder aufheben können. Dem Pfarrer ist die höchste Zufriedenheit mit dankbarer Anerkennung seiner uneigennütigen Sorgfalt für das Wohl seiner Schule, in diesseltigem Namen zu bezeugen.“

Die Dinge überstürzten sich allerdings nicht. Es wurde November, bis man „ein solch vereigenschaftetes Subject“ fand. Es war Georg Kusterer, ein Schulpräparand aus Rastatt, von dem Pfarrer Tschudi schreibt: „Er scheint mir nicht nur ein höflicher, sondern auch ein sehr geschickter und eifriger junger Mann in seinem Fache zu seyn.“ Sehr wahrscheinlich hat man ihn aufgenommen.

Ein zweiter Schulsaal fehlte aber immer noch, so daß beide Lehrkräfte abwechselnd in dem einen unterrichten mußten. Jedenfalls wurde die Gemeinde am 22. September 1822 vom Bezirksamt Lörrach erneut dazu angehalten, eine zweite Schulstube zu mieten. Nun, da man in die eigene Tasche greifen sollte, schob man die hohen Gemeindeschulden (12 000 Gulden) vor und versteckte sich hinter Ausflüchten. Ja, man brachte es sogar fertig, zu behaupten, die Schüler hätten bei einem Lehrer bessere Fortschritte gemacht als jetzt, da es zwei seien. Bei der alten Einteilung sei die Schulstube groß genug gewesen. Da im Dorfe keine bequeme Stube zu haben sei, bat man das Bezirksamt gehorsamst, „die Gemeinde gnädigst sowohl mit einer Schulstube als auch mit 2 Schullehrern zu verschonen“. Es ist kaum zu glauben, daß derselbe Bürgermeister Müller, der das Schreiben vom 21. März 1821 unterschrieben hat, auch unter diesen Antrag seinen Namen setzte und mit ihm zehn weitere Bürger der Gemeinde. Jetzt erst wird deutlich, welche große Liebe zur Jugend und welchen Weitblick Pfarrer Tschudis Tat damals voraussetzte.

Ein schulfreundlicher Dekan

Das Bezirksamt leitete dieses Schreiben unverzüglich zur Stellungnahme ans „Großherzogliche Decanat in Säckingen“ weiter. Dekan Flad säumte nicht lange, griff zur Feder und verfaßte ein Antwortschreiben, mit dem ein Schulrat, ja selbst ein Kultusminister heute noch Ehre einlegen könnte. Es soll daher in vollem Wortlaut wiedergegeben werden.

„Die Bitte der Gemeinde Wyhlen um Aufhebung ihrer 2. Schule (lies: Schulstelle) betreffend.

Auf rückfolgendes Kominikat kann man sich diesseits nur dahin äußern, daß man von den Vorgesetzten der Gemeinde Wyhlen ein so auffallendes Gesuch nie erwartet hätte.

Auffallend, daß sie nach ihrem schließlichen Verlangen ihrer Jugend die Hälfte Unterrichtszeit genommen wissen wollen; auffallend, daß sie die Unnützlichkeit eines zweiten Lehrers durch eine Unwahrheit zu begründen suchen, in dem sie vorgeben, die Fortschritte ihrer Schule seien in allen Lehrgegenständen nicht besser, sondern vielmehr schlechter geworden.

Freilich mögen ihnen die — von Präzeptor Kusterer betriebenen Lehrgegenstände des mehr zur Verständlichkeit mit Ausdruck der Sache betonenden Lesens, der mehr mit grammatikalischer Sprachkunde, orthographischen Schreibens, des Versuchens im Selbstconzipieren kleiner schriftlicher Aufsätze, des da noch nie gehörten elementarisch gesteigerten Kopfrechnens und insbesondere des Unterrichtes in der Naturgeschichte und -Lehre und der Geographie als etwas ganz Unnützes, vielleicht gar als etwas Gefährliches vorkommen, und sie eben deswegen, weil Präzeptor Kusterer dies, auch nach diesseitiger Rüge zu viel und zu einseitig betrieben — wie gewöhnlich alle Zöglinge aus dem Rastatter Schullehrer-Seminar sich hierin anfänglich auszeichnen wollen — auf dieses Vorgehen die Verschlechterung ihrer Schule verleitet haben.

Aber angenommen es wäre so, was doch nicht ist; wer trüge die Schuld als sie selbst, indem sie nicht nach der hohen Verfügung für eine zweite Schulstube bey Anstellung des Präzeptors gesorgt, und eben dadurch beide Lehrer veranlaßt und gleichsam gemäßigt haben — statt den Simultanunterricht während der ganzen Schulzeit, einander bloß im Schulhalten zu ihrer großen Muße und ihrem Müßigsein abzulösen.

Auffallend ist endlich ihr Ansuchen, daß sie nun auf einmal wieder ihre große Schule von 130 — 150 — 160 Kindern, wenn alle schulpflichtige und -fähige Kinder täglich die Schule

besuchen, ohne eine bloß selbstbeliebige Abtheilung in Winter- und Sommerschüler zu machen, ihrem 59jährigen alten Lehrer überlassen wollen, über dessen Geistesschwäche sich doch die Ortsvorstände schon wiederholt beklagten, und da außer einer regelmäßig, aber schwer laufenden und noch häufig unorthographischen Handschrift und dem einfachen Verhältnisrechnen, in allen übrigen Lehrgegenständen zurücksteht, der häufig mit Laune, bald kindischem Tändeln, bald heftigem Verfahren mißmüthig durch häusliche Verhältnisse die Schule verwaltet; der es mit der Mehrzahl seiner Schüler nie so weit gebracht, daß man mit ihr nur auch im richtig und fertigen Lesen des Gedruckten, viel weniger in andern Gegenständen zufrieden sein konnte; der an einem so großen Pfarr-Orte nicht einmal eine Note von der Musik versteht. Und wozu soll nun ihre — dieß Jahr mit 800 kollektierten Gulden neu angeschaffte Orgel — sein, wenn sie kein(en) Präzeptor als Organisten haben wollen?

Unterfertiger will gern zugeben, daß ihre Gemeindeschulden eine große Summe betragen; will auch keineswegs in die Ursachen eingehen, warum sie da im Vergleich des viel kleineren Hertens und Degerfeldens und Stetten so hoch angewachsen:

nur ist es ihm sehr auffallend, warum sie gerade da zu hause anfangen wollen, wo es um das Wichtigste, um eine bessere Bildung ihrer Kinder geht, und warum sie lieber vorerst für eine Orgel — und dies nach ihrem jetzigen Verlangen ohne einen Organisten — 800 Gulden kollektieren, als für Herstellung eines so notwendigen Schulhauses oder doch wenigstens für interimische (vorübergehende) Mietung einer noch tauglichen Schulstube . .

Säckingen, den 9. October 1822

gez.: Flad

Jetzt schoß auch das Bezirksamt scharf. Es bezichtigte die Gemeinde ebenfalls der Unwahrheit und des Übelwollens und verlangte bei fünf Reichstalern Strafe binnen 8 Tagen ein Klassenzimmer für die zweite Schulabteilung. Trotz dieser energischen Drohung war es den zuständigen Stellen allen Ernstes nicht möglich, innerhalb der Gemeinde einen brauchbaren Raum zu finden, so daß man höheren Orts nolens volens gezwungen war, es vorerst beim alten Zustand zu belassen. Dabei blieb es denn auch, bis 1826 das zweite Schulhaus gekauft werden konnte.

Das temperamentvolle Schreiben des Dekans zeigt deutlich, wie nun eine neue schulische Epoche anbricht. Jetzt wird der „nur mechanisch“ geschulte Lehrer allmählich vom fachlich vorgebildeten Seminaristen abgelöst. Neue Unterrichtsfächer werden eingeführt. Auch Handarbeit wird in Wyhlen spätestens seit 1839 erteilt, allerdings nur den Winter über. Die Schulpflicht — in Baden seit 1756 gesetzlich verankert — wird trotz aller Widerstände mehr und mehr zur Selbstverständlichkeit, die Volksschule erlangt Heimatrecht.

Dennoch bleibt eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine gedeihliche Entwicklung der Schule, die gerechte Verteilung der persönlichen und sächlichen Schullasten unerfüllt. Bereits im Abschnitt über die Schulgebäude haben wir gesehen, wie hart die Gemeinde unter der finanziellen Last litt, die der Bau (oder Kauf) und die Einrichtung eines Schulhauses jeweils für sie brachte und wie sehr dadurch dringende Erfordernisse zum Nachteil für Schule und Lehrer unberücksichtigt blieben oder zumindest verzögert wurden.

Die Besoldung der Lehrer

Die Gemeinde hatte ursprünglich mit der Besoldung des Lehrers relativ wenig zu tun. Die Entlohnung setzte sich einmal aus dem Schulgeld zusammen, das die Eltern jedes Schülers zu entrichten hatten (etwa 30 Kreuzer je Kind und Jahr). Zum anderen aber floß sie aus dem nicht unwesentlichen Einkommen des Sigristendienstes. Dazu kam noch die Nutzung einiger Wiesen und Äcker (Schulpfründe). An manchen Orten erfuhr sie auch eine zusätzliche Verbesserung durch eine Stiftung, die eine mildtätige Person der Schule vermachte. In Wyhlen

bestand schon 1808 die Wiexlerische Schulstiftung, die jährlich 26 Gulden 29 Kreuzer 1 Pfennig abwarf. Wohnung und Holz für die winterliche Heizung waren für den Lehrer ebenfalls frei.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts betrug das Gesamteinkommen (Geld und Naturalien) des hiesigen Lehrers 216 Gulden und lag damit über dem Landesdurchschnitt. Fünfundzwanzig Jahre früher, 1783, wurde es mit 169 Gulden 48 Kreuzer angegeben. (Lehrer Müller mußte an seiner vorigen Stelle mit 70 Gulden zufrieden sein.) Daß der Wyhlener Lehrer trotzdem nicht auf Rosen gebettet war, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Denken wir nur daran, auf welcher mühsamen Art er sein Brot verdienen mußte. Da galt es Schule zu halten, Sigristentdienst zu tun, Felder zu bestellen und Vieh (eine Kuh oder ein paar Ziegen) zu versorgen. Außerdem mußten noch Besoldungsanteile eingezogen werden, etwa das fällige Schulgeld, der Sigristenlaib oder die Sigristengarbe. Mit der Zeit übernahm die Gemeinde dieses leidige Geschäft und bezahlte dafür den Lehrer in barem Geld.

Solange nur ein Lehrer am Ort war, reichten die Mittel aus den oben angeführten Quellen recht und schlecht. Als aber 1826 wieder ein zweiter Lehrer eingestellt werden sollte, wußte man zunächst nicht, woher das Geld für seine Besoldung genommen werden konnte. So frug Dekan Flad beim Bezirksamt an: „Wie wird wohl ein Gehalt des Präzeptors auszumitteln sein, da nicht mehr ein H. Pfarrer Tschudi da ist, der dem erstmals da angestellten Unterlehrer aus eigener Milde und Sorge zur Beförderung des Jugend-Unterrichts unentgeltlich Kost und Logie gegeben...“ Er unterbreitete Vorschläge, wie dem abzuhelfen sei. Daß er dabei auch an ein weiteres finanzielles Opfer der Gemeinde dachte, war klar. Doch dafür war sie nicht zu gewinnen. Und obwohl sie jetzt ein Haus mit zwei Schulsälen hatte, schrieb sie nach Lörrach: daß sie „niemals willens war, einen Schul-Präzeptor anzustellen oder zu besolden“. Nach ihrer Ansicht wäre es weiterhin möglich gewesen, dem alten Lehrer Müller beide Abteilungen mit etwa 150 Schülern allein aufzubürden.

Wie wenig Unternehmungslust und Fortschrittsglaube jenen verantwortlichen Männern eigen war, zeigt ein weiterer Abschnitt ihres Schreibens, in dem es wörtlich heißt: „Die jetzigen Umstände erlauben es nicht, immer fortdauernde Erneuerungen aufzubürden.

Wir wollen diesen Aufwand unserer Nachkommenschaft oder einem besseren Schicksale überlassen.

Vielleicht regieret Gott bey nächster Zeit eine bemittelte Person, welche zum chrendsten Andenken eine bedeutende milde Stiftung (hinterläßt), welche zur Besoldung eines zweiten Schullehrers abzielet...“ Im übrigen habe die Gemeinde nichts dagegen, wenn Lehrer Müller auf eigene Kosten einen Provisor halte. Er könne das tun, da der Schuldienst in Wyhlen auf 300 Gulden (Müller gibt 226 Gulden an!) berechnet sei. So geschrieben am 3. November 1826.

Unter diesen Umständen scheint es mehr als fraglich, ob der im Oktober 1826 auf die zweite Stelle in Wyhlen angewiesene Philipp Huber von Herrischried wirklich seinen Dienst angetreten hat. Im September 1827 waren noch nicht einmal alle Bänke für die zweite Schulstube angeschafft. Erst als der Gemeinde noch im selben Monat eine Unterstützung von jährlich 30 Gulden „zur Unterhaltung eines Präzeptors“ aus dem Kreis-Schulfonds für drei Jahre bewilligt wurde, konnte am 6. November 1827 der auf dem Seminar in Rastatt ausgebildete Gregor Koch angestellt werden. Seit dieser Zeit besitzt die Gemeinde ununterbrochen einen zweiten Lehrer.

Selbstverständlich reichten diese 30 Gulden nicht aus. Auch wenn man annimmt, daß die Gemeinde 50 weitere Gulden zuschoß, wozu sie 1828 verpflichtet

wurde, blieb das Einkommen dieses als talentvoll bezeichneten jungen Schulmannes beachtlich unter dem behördlich ermittelten Existenzminimum von 114 Gulden. Da er aber wegen der häuslichen Verhältnisse des Lehrers Müller bei ihm nicht Kost und Wohnung nehmen konnte, wie es sonst üblich war, geriet er in große Nahrungssorgen. Deshalb suchte er 1828 um eine Besoldungsaufbesserung nach. Sie wurde ihm gewährt, indem man den Lehrer Müller dazu verpflichtete, aus seinem Einkommen 34 Gulden abzutreten. Daß er sich darüber nicht freute, liegt auf der Hand. Die Praxis, für den Unterlehrer einen Teil des Hauptlehrergehaltes abzuzweigen, hielt sich noch viele Jahre und blieb sogar bestehen, als 1835 ein Landesgesetz die Höhe der Bezüge neu festsetzte. Was auf Grund der damit verbundenen Verbesserungen aus den bisherigen Einnahmequellen nicht abgedeckt werden konnte, hatte die Gemeinde aufzubringen. Das galt auch für den Ausfall, der durch die Trennung des Sigristendienstes vom Schuldienst (1868) entstand. Eine weitere Veränderung ergab sich durch das Besoldungsgesetz von 1920. Mit ihm fielen die bisher freien Lehrerwohnungen weg. Als Ausgleich erhielten die Lehrer künftig Wohnungsgeld.

Es war ein langer, an Not, Entbehrungen und Gehaltskämpfen reicher Weg, der erst im 20. Jahrhundert zur Aufnahme in die Hierarchie der Beamtenbesoldung führte. Die großenteils trostlose finanzielle Lage der Lehrer im 18. und 19. Jahrhundert ist ein Schandfleck in der Kulturgeschichte unseres Volkes. Es muß indessen anerkannt werden, daß gerade im zurückliegenden Jahrzehnt manches unternommen wurde, was auf eine gerechtere Bewertung der geistigen Arbeit des Volksschullehrers schließen läßt.

Der weitere Ausbau der hiesigen Volksschule

Vom Inhalt her, von den Unterrichtsfächern, ihrer methodischen Durchdringung und den Lehrzielen, läßt sich der weitere Ausbau der Volksschule schlecht fassen. Eine allmähliche Erweiterung der Unterrichtszeit, Vermehrung der Lehrstoffe und erste Versuche einer kindgemäßen Darbietung derselben wären zu nennen.

Auffallender waren da schon jene schulorganisatorischen Veränderungen, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu verzeichnen sind. Da wäre einmal die Trennung des Schuldienstes von dem immer stärker als belastend und entwürdigend empfundenen Sigristendienst. Von großer Bedeutung für die Lehrer war auch die Ablösung der — wie wir gesehen haben — historisch gewachsenen geistlichen Schulaufsicht durch staatliche Fachkräfte. Daß es hin und wieder zu Spannungen kam, ja kommen mußte, wenn dem nun fachlich gut geschulten Lehrer der Dorfgeistliche als Ortsschulinspektor vorstand, ist erklärlich. Hier rieben sich die Geister auf zu engem Raume und es war nicht jeder Geistliche ein Pfarrer Tschudi, der als tatkräftiger Helfer und väterlicher Freund die Schule betrat.

Die vorliegende Arbeit bliebe unvollkommen, wenn nicht auch davon berichtet würde, wie seit etwa sechzig Jahren, besonders aber nach dem ersten Weltkrieg die Haltung der Gemeindeväter gegenüber den Belangen der Schule eine deutlich sichtbare positive Wandlung erfahren hat. Sie zeigte sich in jenem einstimmig gebilligten Entschluß des hiesigen Bürgerausschusses vom 18. März 1920, mit dem Wyhlen freiwillig als eine der ersten Gemeinden des Landes die Lernmittelfreiheit eingeführt hat. Sie blieb bis heute erhalten und ist nun — im Gegensatz zu damals — an allen Volksschulen vorgeschrieben.

Einen weiteren Beweis ihrer schulfreudigen Gesinnung lieferten die Gemeinderäte im Jahre 1924. Damals sollte als staatliche Sparmaßnahme eine Lehrkraft der Gemeinde Wyhlen gestrichen werden. Um den Lehrer dennoch der Schule

zu erhalten und keine Verschlechterung eintreten zu lassen, erklärte **sich** das Gemeindepapament bereit, selbst für die Besoldung aufzukommen. Daß **es** in ihrem Bemühen um eine gedeihliche Entwicklung der Schule nicht müde geworden ist, zeigen die jüngsten, gewaltigen Anstrengungen, über die an anderer Stelle ausführlich berichtet wird.

Um auch die zunehmende Ausweitung der hiesigen Volksschule deutlich zu machen, wie sie sich aus der rasch steigenden Bevölkerungszahl ergab, soll eine tabellarische Übersicht folgen. Ein Verzeichnis der Schulleiter möge schließlich das Bild runden.

Zeit	Zahl der Lehrkräfte	Zahl der Schüler
1772 — 1825	1	80 — 150
1826 — 1873	2	160 — 206
1874 — 1888	2	210 — 300
1889 — 1891	3	308 — 334
1892 — 1898	3	um 330
1899 — 1911	4	326 — 342
1912 — 1918	5	350 — 379
1919 — 1925	6	um 379

(Die Schülerzahlen verstehen sich einschließlich der Berufsschüler, die von Lehrern der Volksschule unterrichtet wurden. 1925 hatte Wyhlen 288 Volksschüler und 91 Berufsschüler. Nach 1925 fehlen leider die zusammenhängenden Unterlagen.)

Verzeichnis der Schulleiter

? — 1773	Josef Schunggart
1773 — 1792	Kaspar Schunggart
1792 — 1805	Kaspar Danner
1806 — 1813	Ludwig Deschler
1814 — 1838	Anton Müller
1838 — 1864	Jos. Magnus Mutz
1866 — 1896	Philipp Jak. Dörner
1875 — 1879	Karl Dicher
1880 — 1910	Wilhelm Vögele
1910 — 1920	Meinrad Meier (in Wyhlen seit 1896)
1920 — 1933	Jakob Kratt (in Wyhlen seit 1895)
März April 1933	Hermann Boob (Ehrenbürger der Gemeinde Wyhlen, als Lehrer hier tätig 1911 — 1941)
1933 — 1945	Wilhelm Oetlin
1945 — 1947	Ernst Hinnenberger (stellvertretend, in Wyhlen 1920 — 1947)
1947 — 1949	Karl Döring
seit 1949	Georg Katzer

Benutzte Quellen: Generallandesarchiv Karlsruhe,
 Abt. 361, Zug. 1905 Nr. 15, Faszikel 583, 584, 585
 Zug. Bez. Amt Lörrach 1899, Nr. 45
 Gemeindearchiv Wyhlen: Akten VI, 2, Faszikel 1, 2, 4, 5, 6,
 18, 19, 20 und 31.
 Gemeindearchiv Wyhlen: Akten IV, 1, Faszikel 16

Vom Wandel

unseres

Dorfes

von Friedrich Disch

Wenige hundert Meter oberhalb Basels, gleich hinter dem Hörnlifriedhof, erhebt sich mit einer Reliefenergie von 200 m die Landschaft des Dinkelberges aus der Rheinaue, die bis zum Wehratal die nördliche Talbegrenzung des Hochrheines bildet. Auf dem Schwemmkegel einer der wenigen, meist spärlich rinnenden Bäche gelegen, schmiegt sich unser Wyhlen an die steilen Südabhänge des Dinkelberger Muschelkalkplateaus. Der nach Süden ausholende Rheinbogen zwischen Augst und dem Basler Rheinhafen Au-Birsfelden umschließt südlich die Wyhlener Gemarkung und bildet hier auf 4500 m gleichzeitig die deutsch-schweizerische Grenze. Von den Rheinufern erstreckt sich die Gemarkung bis empor zu der gewellten Hochfläche des Rührbergs (in den Wäldern bei St. Chrischona ist der Gemeindebann gleichzeitig auf 1200 m wieder Landesgrenze). Mit einer Gesamtgemarkungsfläche von 12,2 km² und rund 4600 Bewohnern zählt Wyhlen zu den größten und bedeutendsten Gemeinden des Landkreises Lörrach.

Die geographische Lage — 7° 42' östl. L., 47° 33' nördl. B.; 273 m ü. d. M. — zeichnet unsere Gemeinde in besonderer Weise aus: Wyhlen ist nämlich die südlichste Gemarkung Baden-Württembergs (südlichster Punkt: Rheinmitte südl. v. „Schacht“ mit 47° 32' nördl. Breite). Südlicher liegen in Deutschland nur noch die Hochgebirgslandschaften des Allgäus und des Werdenfeler Landes.

Neben dem Hauptort Wyhlen gehören zur Gemeinde das ehemalige Prämonstratenserkloster Himmelspforte und auf der Hochfläche des Dinkelberges der Weiler Rührberg.

Die Bevölkerungsmehrung, welche die Einwohnerzahl in den vergangenen 150 Jahren um 500 % wachsen ließ, verschleierte und überlagerte das alte Siedlungsbild in starkem Maße. Durch die genetische Aufnahme konnte das Siedlungsgefüge Wyhlens wenigstens für die vergangenen zwei Jahrhunderte genau fixiert werden (Genese = Entwicklung).

Grundlagen für die Untersuchung der genetischen Siedlungsstruktur liefern die verschiedenen kartographischen Unterlagen, soweit sie ein konkretes Ortsbild vermitteln. Für unsere Gemeinde konnten folgende Unterlagen verwendet werden:

Gemarkungskarte von Leimgrüber	1772
Katasterplan (Gemarkungsatlas)	1882
Weitergeführte Gemarkungskarte	1938
Eigene Aufnahmeprotokolle und Einzelbebauungspläne	1958

Im folgenden seien die kartographisch festgehaltenen Entwicklungszeiträume eingehend beschrieben.

Dieser Beitrag erschien in etwas geänderter Form in der naturwissenschaftlichen Zeitschrift „Leben und Umwelt“ (XVI/1960, 101–5 und 121–7), deren Verlag freundlicherweise die Klischees für die Festschrift zur Verfügung stellte.

I. Das Bauerndorf (1772)

Die Kernsiedlung schmiegt sich in die windgeschützte Bucht der Talmündung des Keusbodens und liegt größtenteils auch auf dem Schwemmkegel des Baches. Die schwache Terrassierung der Talmündung leitet dann zu einer Besiedlung des oberen Hangfußes über. Für die topographische Situation ist also die Talmündungsanlage auf einem Schwemmkegel, kombiniert mit einer Hangfußlage, kennzeichnend.

Das Dorf von 1772 (Bild 1) kann nicht mehr als Haufendorf angesprochen werden; die Fortbildung zum Haufenwegedorf ist bereits vollzogen, und es zeichnet sich schwach der Umbildungsbeginn zum reinen Wegedorf ab mit einer einseitigen Fiederung gegen Süden und den noch aus der Fortbildung stammenden kleinen Wegnetzen am Berghang.

Abgesehen von den peripheren Spitzen des West-Ost-Straßenzuges ist noch die urwüchsige Regellosigkeit festzustellen. Diese weist sich vornehmlich in der Ungleichmäßigkeit der Fluchtlinien der Hauptachsenrichtung aus. Die Fluchtlinien liegen individuell und wechseln oft die Stellung zueinander und zum zugehörigen Weg. Die Regellosigkeit zeigt sich gleichfalls in der Firstrichtung der Gebäude. Aus der kontinuierlich geordneten, traufseitigen Stellung der Häuser entlang des West-Ost-Hauptweges, mit Ansätzen zur Häuserzeile, ergibt sich das jüngste Stadium der Siedlung von 1772. Sonst wechselt die traufseitige Stellung regellos mit einer giebelseitigen Ausrichtung zu den Wegen. Für die Gebäude ist der Typus des Einheitshauses kennzeichnend. Unter dem gleichen, ungebrochenen First liegen nebeneinander Wohnraum, Scheune (Tenn) und Stallung. Mitunter sind auch Scheune und Stallung vertauscht.

Auffallend für das Siedlungsbild von 1772 ist die Lage der Pfarrkirche weit außerhalb der eigentlichen Dorfhaufung (Bild 3).

Einzelne Bauelemente weisen darauf hin, daß sich die Sankt-Georgs-Kirche (1275 erstmals urkundlich belegt) seit dem Mittelalter ihren Standort bewahrt hat. — Durch Flurnamenforschung konnte in neuester Zeit die topographische Situation des ausgegangenen Ortes „Linda“, die bisher im Markgräfler Hügelland vermutet wurde, eindeutig in die Wyhlener Rheinaue gelegt werden. Neben dem südlich von Wyhlen gelegenen Linda werden im 14. Jahrhundert im Südosten ebenfalls „Hofstetten“ genannt, so daß die heutige Gemarkung Wyhlen das Gebiet dieser zwei abgegangenen Siedlungen einbezieht. — Die Pfarrkirche wurde so wohl als kirchliches Zentrum zwischen den Orten errichtet. Die zum Teil heute noch gebräuchlichen Flurnamen „Brühl“ und „Breite“ lassen auch den alten Meierhof, den „Kelhof“, in der Nähe der Kirche vermuten.

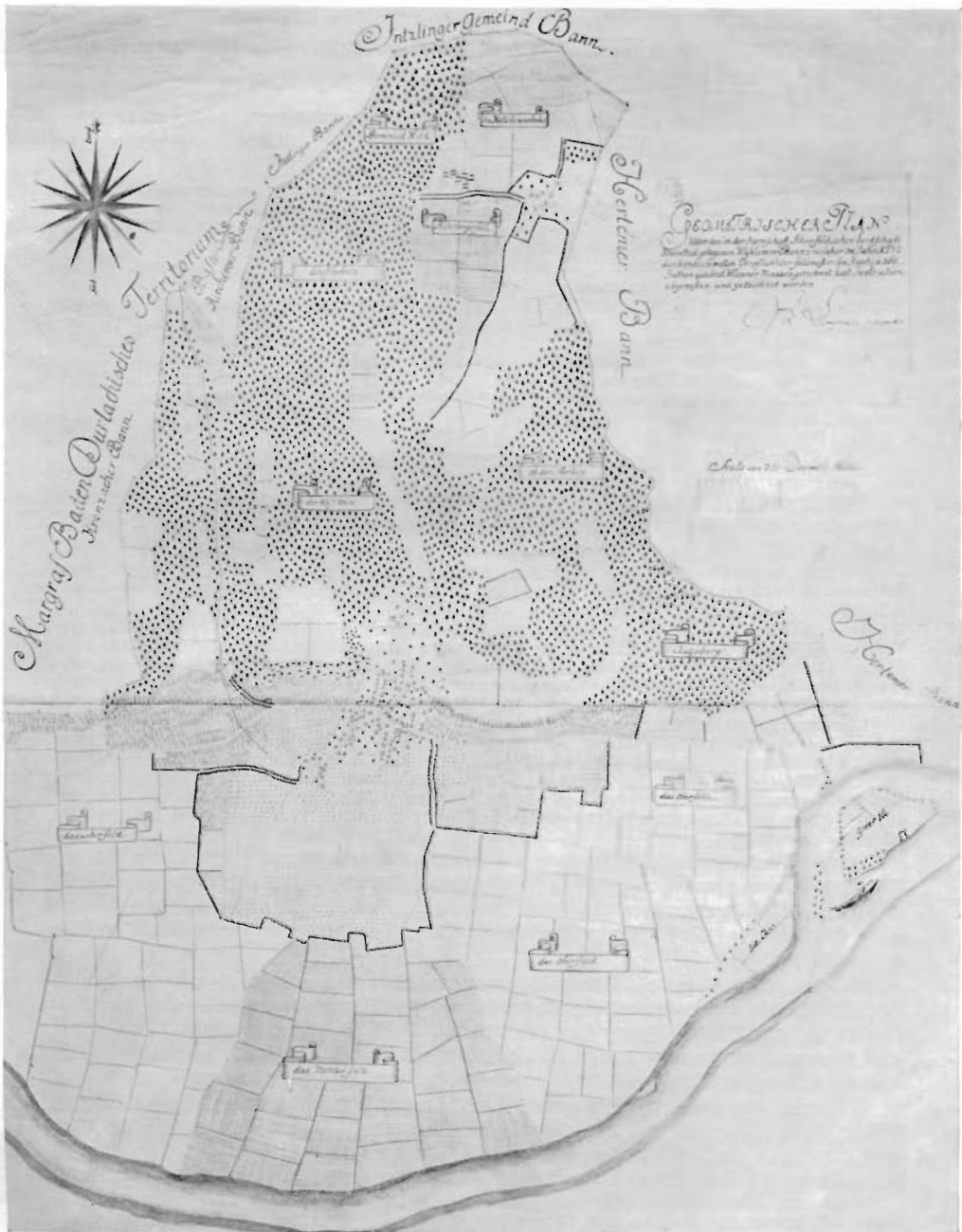
Die Entwicklungskarte läßt hier ebensowenig eine Beweisführung zu, wie auch die Gewannkarten des Gemarkungsatlases keine Hinweise und Aufschlüsse mehr vermitteln.

Ebenfalls isoliert liegt das Kloster Himmelspforte mit seinen Ökonomiegebäuden nördlich außerhalb der Siedlung an einer Engstelle des unteren Keusbodengrabens.

Die 1303 gegründete Prämonstratenserabtei „Porta caeli“ hatte sicherlich entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung des Ortes, der allerdings schon vor der Reformation abebbte, da das Kloster fast zur Bedeutungslosigkeit absank und als Propstei der Abtei Bellelay (Kanton Bern) weitergeführt werden mußte. — Von den Ordensschwestern des heutigen Erholungsheimes und Exerzitienhauses gepflegt, ist die Himmelspforte mit dem Wallfahrtskirchlein „Maria im Buchs“ noch immer ein Schmückstück in heimeliger Landschaft.

Die Gemarkungskarte von 1772 gibt außerdem einen schönen Einblick in das damalige agrarische Wirtschaftssystem. Deutlich ist der Dorfetter (Zaun, Hag) hervorgehoben, der die eigentliche Dorfflur, welche nicht dem geregelten Dreisystem unterworfen war, von den im Turnus bewirtschafteten Feldern trennt. „Unter Feld“, „mittler Feld“ und „ober Feld“ sind die Zelgeneinteilungsbezeichnungen, wie sie in Wyhlen verwendet wurden. Die Felder sind in Gewanne eingeteilt, welche in zahlreiche kleine Streifen in der Längs- oder Breitenstreckung untergliedert sind (Gewannflur). Innerhalb des Efters liegen neben den fruchtbaren Wässermatten und den Baumgärten auch die Weinbaugebiete.

Bild 1. Gemarkungskarte mit Zelgeneinteilung, aufgenommen von Leimgruber, 1772
 Original im Gemeindearchiv Wyhlen, Größe 129 × 198 cm



(Reprod. nach einer Kopie von H. Mutter)

die nicht nur die Dinkelbergsüdhänge auf der ganzen Gemarkungsbreite einnehmen, sondern sich noch weit auf die Niederterrasse vorziehen. Dies dürfte wohl die maximale Ausweitung des Rebgebietes gewesen sein und umfaßte etwa 40 ha.

In dem Bauerndorf Wyhlen waren die gebräuchlichsten ländlichen Handwerke als gewerbliche Nebenbetriebe niedergelassen (Wagner, Schmied, Seiler, Müller, Fischer); in bescheidenem Rahmen wurden von den Bauern auch die Bodenschätze genützt, um mit Ziegelbrennen (Ziegelei am Talausgang des Ruschbaches im Westen des Dorfes) und dem Brechen von Kalksteinen wenigstens den Eigenbedarf zu decken.

Wenn auch für das Jahr 1772 keine statistischen Unterlagen zu erlangen sind, dürfte in den Zahlen von 1810 das Bevölkerungsbild durch den natürlichen Zuwachs nur unwesentlich verändert sein. Nach diesen Angaben war die Kernsiedlung Wohnplatz für 750 Menschen (als weitere Wohnplätze innerhalb der Gemeinde bestanden die Einzelhöfe Auhof und Gewerth sowie der Weiler Rührberg).

Um auch für die folgenden Entwicklungsphasen eine statistische Übersicht zu vermitteln, sei hier eine Tabelle der Bevölkerungsbewegung eingefügt, die alle Wohnplätze umfaßt:

1810	882 Einwohner	1925	2365 Einwohner
1860	1099 Einwohner	1939	3034 Einwohner
1885	1656 Einwohner	1950	3399 Einwohner
1910	2269 Einwohner	1958	4535 Einwohner

II. Beginn der Industrialisierung (1772—1882)

Dieser erste Zeitraum des Bevölkerungswachstums auf etwa die doppelte Einwohnerzahl geht in erster Linie auf die natürliche Mehrung der Bevölkerung zurück.

Da hier im Rheingebiet der Grundbesitz immer frei teilbar war, wurde zunächst eine allgemeine Verkleinerung des Besitzes vorgenommen. Die Realteilung erstreckte sich nicht nur auf die Parzellierung des Bodens, sondern auch auf die Teilung der Gebäude, die durch Anbauten dann meist eine entsprechende Erweiterung erfuhren, um so eine getrennte agrarische Bewirtschaftung zu ermöglichen. Durch die Säkularisierung des Klosters Himmelspforte (1803) wurde dessen Besitzstand frei und in kleineren Stücken verkauft, was der agrarischen Entwicklung, die durch die fortschreitenden Teilungen gehemmt war, zunächst neue Impulse geben konnte.

Die Erträge der stark parzellierten kleinbäuerlichen Betriebe verschafften wohl zu keiner Zeit ein sorgenloses Dasein. Neben dem Weinbau wurde der Gemüseanbau intensiviert und auch der Obstbau verstärkt, um die Märkte in Basel und Rheinfelden zu beliefern (wobei dann auch die meisten notwendigen Einkäufe dort getätigt wurden). Die Versuche heimischer Kleinindustrien (zu Beginn des 19. Jahrhunderts), neue Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen, waren ohne Hinterland oder moderne Verkehrsverbindungen zum Scheitern verurteilt.

Diese Wachstumsphase konnte im Raume der bisherigen Siedlung aufgefangen werden, was die Entwicklungskarte als Verdichtung des Ortsbildes verdeutlicht (Bild 2). Alle bäuerlichen Neuanlagen richteten sich nun nach den Wegen und Straßen, ja die außerhalb des vizinalen Wegenetzes liegenden Gehöfte veröden.

In das letzte Viertel dieses Zeitraumes fällt ein markant-entscheidender Impuls für die gesamte weitere Entwicklung des Gemeinwesens: Durch den Bau der Bahnlinie Basel—Säckingen (in Betrieb 1856) wurde nicht nur Landschaft und Siedlung ein neues Element aufgeprägt, es wurden dadurch vor allem echte Voraussetzungen für die Ansiedlung industrieller Unternehmen gegeben.

Während das neue Wohnquartier am Bahnhof über die Anlage neuer öffentlicher Gebäude (Rathaus, Schule) Verbindung zum Siedlungskern erhält, läßt sich das erste Industrieunternehmen völlig isoliert im Süden der Gemarkung nieder und schafft hier den Kern und Ansatz zu einem neuen Wohnplatzareal.

Schon um die Jahrhundertwende wurde der Gips des mittleren Muschelkalks bergmännisch gewonnen und in der Gipsmühle (beim Kloster Himmelspforte) verarbeitet.

Bild 2. Entwicklungskarte von Wyhlen — Entwurf und Zeichnung F. Disch



1772
 vor 1882 abgebrochen
 1882
 1938
 1958

(Die Wohnplätze Siedlung, Kraftwerk/Carbidfabrik und Auhof, sowie der Ortsteil Rührberg, liegen außerhalb des Kartenbildes)

Das im Hochrheintal zu erwartende Steinsalz, welches beim schweizerischen Rothaus (Saline Schweizerhalle) seit 1835 gewonnen wurde, durfte jedoch aus staatswirtschaftlichen Gründen lange Zeit nicht erbohrt und abgebaut werden. Schließlich wurde 1868 nach erfolgreichen Bohrungen das Salzwerk Wyhlen gegründet, das — nachdem sich ein bergmännischer Abbau des Steinsalzes als unmöglich erwies — von den Deutschen Solvay-Werken 1878 übernommen und als erste deutsche Ammoniak-Sodafabrik auf- und ausgebaut wurde. Dieses seinerzeit erste Industriewerk zwischen Basel und Säckingen wurde am 1. Juli 1958 stillgelegt und wird augenblicklich abgebrochen.

Infolge der Abgabe weiter Flächen für Industrie und Bahn wurde schon in diesem Zeitraum die alte Dreifelderwirtschaft aufgegeben. Auf dem Rührberg hält man dagegen bis heute teilweise an einer verbesserten Dreifelderwirtschaft fest, um durch eine Einheitlichkeit die Überfahrt zu den Einzelgrundstücken zu erleichtern.

III. Die Industriegemeinde (1882 — 1938)

Während der ersten Dezennien dieser Entwicklungsphase vollzieht sich die Umwandlung zur Industriegemeinde.

Im Jahre 1897 wird von dem Schweizer Albert Buss — zunächst als Tochtergesellschaft — die jetzige Eisenbau Wyhlen AG gegründet, welcher 1912 das Kraftwerk Wyhlen-Augst (erstes Rheinstaukraftwerk!) folgte, wobei durch den Stromanstau die Rheininsel Gewerth mit ihrem Einzelhof bis auf einen Leitdamm überflutet wurde. Als letztes Werk wurde während des Ersten Weltkrieges (1917) die Carbidfabrik Wyhlen errichtet, die heute zur Degussa gehört.

Die in den bäuerlichen Betrieben entbehrlichen Kräfte fanden so in den neuen Firmen Arbeit und Verdienst und wurden zu keiner Abwanderung mehr genötigt: das spontane Bevölkerungswachstum dieser Jahre ist jedoch weitgehend auf die Zuwanderung zurückzuführen. Diese Zuwanderung spiegelt sich auch deutlich in der konfessionellen Umschichtung des bis dahin fast rein katholischen Dorfes. Vor der Industrialisierung (1860) betrug der Anteil der evangelischen Bevölkerung nur 2% und stieg bis 1920 auf 26% an. Entsprechend dieser Entwicklung erfolgte 1902 der Bau einer eigenen Kirche, und 1927 wurde die bisherige Filiale von Grenzach zur selbständigen Pfarrei erhoben. Infolge des jüngsten Bevölkerungszustromes aus Mittel- und Ostdeutschland umfaßt der evangelische Anteil 1958 bereits 38% der Gesamtbevölkerung. — In etwa den gleichen Zahlenverhältnissen wanderten während der industriellen Blütezeit auch Arbeitnehmer aus katholischen Landesteilen zu. Für die Gesamtstruktur ist es interessant, daß sich die Bevölkerung in die eingesessenen agrarisch-katholischen Familien, die zugewanderten industrieorientiert-katholischen Familien und die ausschließlich industrie- und gewerbeorientierten evangelischen Familien gliedert.

Soziologisch wird durch die Industrialisierung bei den eingesessenen Familien ein bedeutsamer Prozeß ausgelöst. Die wirtschaftlich immer schwer ringenden Klein- und Kleinstbauern werden im Sog der Fabriken allmählich gewandelt: der Typ des Arbeiterbauern erfährt seine Prägung.

Die Landwirtschaft wird zur Nebenbeschäftigung und Frauenarbeit. Eine stetige Reduktion der bäuerlichen Betriebe, die extensive Bewirtschaftung des Bodens ist die zwangsläufige Folge. Besonders augenfällig ist der kontinuierliche Rückgang des Rebbaues, der in extensiver Form eben nicht durchführbar ist. Weite Teile der Rebberge an den südlichen Dinkelbergabfällen wurden zu Steinbrüchen, in denen die Bänke des Hauptmuschelkalks für die chemische Verarbeitung in den Solvay-Werken gebrochen wurden; zeitweise hatten bis zu zwanzig bäuerliche Steinbruchunternehmer auf diese Weise einen guten Verdienst.

Im Zuge der arbeiterbäuerlichen Betriebsverkleinerungen oder gar der Aufgabe einer argrarischen Tätigkeit wurden Landparzellen käuflich und konnten als Bauland abgegeben werden; zum anderen konnte die Kapazität einiger landwirtschaftlicher Hauptbetriebe vergrößert und deren Existenz gefestigt werden.

Die Entstehung der neuen Industrieanlagen bewirkt die Schaffung neuer, zunächst isolierter Wohnareale, die schon in diesem Zeitraume teilweise den Anschluß an den Dorfkern finden (Bild 2). Die Umwandlung zur Industriegemeinde kommt auch in den typischen Siedlungselementen zum Ausdruck: Werkwohnungen der Industrie, Wohnblöcke (auf Genossenschaftsbasis) und private Kleinsiedlerwohnungen; in vermehrtem Maße werden auch die agrarischen Teile der Einheitshäuser zu Wohnungen umgebaut.

IV. Die jüngste Siedlungsdynamik (1938 — 1958)

Der Bebauungszeitraum der letzten beiden Jahrzehnte geht Hand in Hand mit einer Bevölkerungsmehrung von 3000 auf 4600 Einwohnern. Dieses rapide Wachstum ist kausal mit den politischen Nachkriegsverhältnissen verknüpft. Durch die Aufnahme des Flüchtlingsstromes in Westdeutschland erfährt auch in Wyhlen das Bevölkerungsbild eine Wandlung. So beträgt der Anteil der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge heute fast 20% der Gesamtbevölkerung.

Die recht beträchtliche Dorfausweitung erstreckt sich dabei ausschließlich auf

Wohnquartiere. Es erfolgen keine weiteren Industrieansiedlungen und auch nur ein begrenzter Ausbau der ansässigen Fabriken.

Das in früheren Phasen großzügig erschlossene Siedlungsgebiet erfährt nun durch eine Wegevergitterung einen inneren Ausbau. Dieser wird erstmals in einer geordneten Planung vollzogen. Die Tendenz des alten Wededorfes, entlang der Hauptstraße gegen Westen und Osten vorzustoßen, lebt wieder auf. So entstand im Osten das Wohnquartier „Siedlung“, und im Westen fand das Areal Ziegelhof durch eine lockere Bebauung Anschluß an das „Dorf“. Dort wurde, ebenfalls Begleiterscheinung des Bevölkerungsmehrs, das moderne, doppeltraktige Schulhaus errichtet (historisch der sechste Wyhlener Schulbau). Im Süden vollzog und vollzieht sich ein systematischer Aufbau zu einem ausgedehnten neuen Siedlungsareal. Die noch vorhandenen agrarischen Siedlungselemente werden weiter reduziert bzw. durch Umbauten in reine Wohnhäuser übergeführt.

Im Verhältnis zur Bevölkerungszunahme ist die Kapazität der heimischen Industrie an Arbeitsplätzen weit zurückgeblieben. Die Pendelbewegung der arbeitenden Bevölkerung ist deshalb sehr stark. Neben der konjunkturellen Fluktuation an der Grenze ist vor allem das Fehlen eines spezifisch weiblichen Industriezweiges Mitursache der täglichen Arbeitswanderung. Eine tabellarische Übersicht mag dies verdeutlichen:

Gesamteinwohnerzahl 1. Januar 1958	4535		
Erwerbspersonen insgesamt	1920	=	100 %
In der heimischen Industrie	539	=	28 %
Davon Eisenbau Wyhlen AG	297		
Deutsche Solvay-Werke	142		
(seit 1. Juli 1958 stillgelegt)			
Degussa (Carbidfabrik)	72		
Kraftwerk Wyhlen/Augst	28		
In auswärtigen Arbeitsverhältnissen (ohne Schweiz)	563	=	29 %
Grenzgänger Schweiz	309	=	16 %
In Land- und Forstwirtschaft	197	=	11 %
Sonstige Erwerbstätige (öffentliche und private Dienste, Handel, Handwerk, Verkehr, freie Berufe)	312	=	16 %

Den 872 Auspendlern stehen 215 Einpendler gegenüber, welche in den Wyhlener Fabriken Beschäftigung finden, so daß sich ein Auspendlerüberschuß von 657 Erwerbstätigen ergibt.

Eine agrarische Bestandsaufnahme ließ für den gleichen Zeitpunkt 26 Hauptbetriebe (Betriebsgröße über 5 ha) ermitteln, von denen allerdings 14 nebenberuflich genutzt werden. An kleinbäuerlichen Betrieben, die hauptberuflich genutzt werden, waren dagegen nur 5 zu zählen. Gliederung dieser 31 Betriebe nach ihrer Größe:

bis 5 ha	5 Betriebe	bis 20 ha	1 Betrieb
bis 10 ha	11 Betriebe	über 20 ha	3 Betriebe
bis 15 ha	11 Betriebe		

14 dieser Agrarbetriebe — davon 4 Kleinbauernbetriebe — gehören zum Weiler Rührberg. Daneben konnten noch 145 arbeiterbäuerliche Betriebe aufgenommen werden, von denen etwa 30 Großvieh halten. Deren Wirtschaftsgröße bewegt sich in der Regel zwischen 50 a und 2 ha.

Die Bodennutzungserhebung weist für 1958 eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 502 ha (= 40 %) aus. Der Anbau von Getreide (vornehmlich Weizen), Hackfrüchten und Futterpflanzen nimmt rund 175 ha ein, während sich das Rebland auf 3 ha beschränkt. Der Viehbestand beläuft sich auf 411 Rinder (226 Kühe), 167 Schweine, 260 Schafe und 8 Pferde. Die Zugmaschine (33) hat das Gespann weitgehend abgelöst. Die Jahresanlieferung bei den beiden Milchgenossenschaften Wyhlen und Rührberg wurde mit rund 275 000 l Milch angegeben (Rührberg 99 000 l), wobei Eigenbedarf und Kleinverkauf nicht erfaßt sind.

Bild 3. Die Talmündungslage der Kernsiedlung von Wyhlen mit dem peripheren



Standort der katholischen Sankt-Georgs-Kirche (NO—SW)

Photo: F. Disch

Zusammenfassende Rückschau und Ausblick

Die Entwicklungskarte zeigt deutlich das etappenhafte Wachsen unseres Dorfes. Genetisch bildete sich Wyhlen von einem lockeren Haufendorf zum Haufenwegedorf weiter. Das starke Wachstum der Bevölkerung führte zu einer Verstärkung des inneren Ausbaus und zu einer Zusammenballung der Siedlung. Die Industrialisierung ließ isolierte Wohnplätze bei den Fabriken entstehen. Gleichzeitig wurde auf der Niederterrasse durch einseitige Fiederung (von der Hauptstraße aus) neues Siedlungsland erschlossen. Die neueste Erweiterungsphase vollzieht nachträglich einen geplanten inneren Ausbau des auf der Niederterrasse erschlossenen Geländes und greift die Tendenz des alten Wegedorfes, die Ausdehnung in der O-W-Richtung entlang der Hauptstraße, wieder auf. Auch in dieser letzten Entwicklungsphase ist die Einbeziehung aller Wohnplätze zu einer Siedlungseinheit nicht vollzogen.

Der eigentliche Industrialisierungsimpuls lag für Wyhlen in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg; damals konnte Wyhlen bereits als Industriegemeinde (mit arbeiter- und kleinbäuerlichen Zügen) angesprochen werden. Durch die Zuwanderungen im vergangenen Dezennium ist ein erneuter Strukturwandel in Fluß geraten. Die einheimische Industrie ist nicht mehr in der Lage, der ganzen Bevölkerung Arbeitsplätze zu vermitteln, so daß die Pendelbewegung der Erwerbstätigen gewaltig angestiegen ist. Nach den neuesten statistischen Untersuchungen stehen 45 % aller Erwerbstätigen in auswärtigen Arbeitsverhältnissen. Bei einer permanenten Fortbildung wäre Wyhlen in wenigen Jahren nur mehr eine Arbeiterwohngemeinde; die durch die Stilllegung und den Abbruch eines der großen Industrierwerke bewirkte beschleunigte Entwicklung könnte jedoch durch die Ansiedlung geeigneter Industriezweige aufgefangen werden.

Die Bemühungen der Gemeindeverwaltung haben in jüngster Zeit auch zu Erfolgen geführt, und es konnten auf dem früheren Solvayareal die Firmen Bau- und Kunststoffindustrie GmbH, Maschinen- und Gerätebau Herbert Sand und die pharmazeutische Fabrik Solco GmbH, Wyhlen ihre Betriebe eröffnen. — Die Niederlassung eines weiteren Industriezweiges, welcher vorzüglich auch weiblichen Arbeitnehmern Beschäftigung geben kann, muß jedoch weiterhin Zielpunkt der wirtschaftlichen Planung sein.

Um die Landwirtschaft zu intensivieren und den verbliebenen Agrarbetrieben eine gesunde Basis zu schaffen (aber auch, um neue Industrie- und Wohngebäude erschließen zu können), ist eine Flurbereinigung notwendig, die all die vielen kleinen Grundstücke beseitigt (auf dem Grundbuchamt Wyhlen sind 4783 Parzellen erfaßt) und auch ihre Streulage aufhebt. Erst die Zusammenlegung der Besitzstücke eines Landwirts, die Vereinigung zu wenigen großen Parzellen, wird eine rationelle Bewirtschaftung ermöglichen. Gegebenenfalls sind im Zuge dieser agrarischen Erneuerung neue Anwesen außerhalb des Ortes, sogenannte Aussiedlerstellen, zu gründen.